

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1972

LINZ 1975

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort	9
Walter Aspernig (Wels): Die spätmittelalterlichen Linzer Bürgerfamilien Kammerer und Pechrer (Bildtafel I)	11
Hugo Hebenstreit (Linz): Die Herberstorff 1633 ausgestorben?	41
† Justus Schmidt (Linz): Linzer Tratsch aus dem Ende des 18. Jahrhunderts	49
Georg Wacha (Linz): Johann van Beethoven. Neue Quellen zur beruflichen Tätigkeit des Linzer und Urfahrer Apothekers	105
Siegfried Pröschl (Steyr): Krisenmanagement einer führenden Kommerzbank von der Gründerzeit zum Schwarzen Freitag	155
Emil Puffer (Linz): Notgeld im Linzer Raum nach dem ersten Weltkrieg (Bildtafeln II—IX)	247
Fritz Mayrhofer (Linz): Gedanken zu einem Linzer Urkundenbuch	281
Georg Wacha (Linz): Die Wiener Ringstraße (Besprechung)	289
Zdeněk Šimeček (Brünn): Neues zur Linzer Zeitung	297

Die aus der Entwertung der Kriegsanleihen von den Banken erlittenen Verluste waren jedoch viel geringer als allgemein angenommen wurde.¹⁹⁸

Entsprechend der österreichischen Wirtschaftsstruktur war das Vermögen der Banken weiters hauptsächlich in Industrieaktien angelegt, bei welchen sie nur geringe Verluste erlitten.

Die volkswirtschaftliche Situation war jedoch von hohen Steuerzuschlägen und enormen Preissteigerungen beherrscht. Die Umsatzzahlen der Oberbank wurden ungeheuerlich und nahmen für 1919 bzw. 1920 Werte von 12,5 bzw. 49 Milliarden Kronen an. Man war sich darüber klar, daß diese Zahlen nicht ihrem inneren Wert entsprachen, sondern lediglich auf den Währungsverfall zurückzuführen waren.¹⁹⁹ Trotz der Währungszerrüttung war es

„unter Wahrung unserer Grundsätze und jahrzehntelangen Überlieferungen möglich, den berechtigten Anforderungen des legalen Handels, des Gewerbes, der Landwirtschaft und Industrie und der öffentlichen Körperschaften durch vorsichtige, kurzfristige Kreditgewährung gerecht zu werden.“²⁰⁰

Durch die Aufsplitterung des Gebietes der ehemaligen Monarchie ergab sich ein lebhafter Valuten- und Devisenhandel. Insgesamt bezweifelte man jedoch, ob die Verdienstmöglichkeiten mit der inflationären Entwicklung Schritt halten könnten. Weiters beklagte man die Geldumsatzsteuer, die den regelmäßigen Bankverkehr eindämmte und den bargeldlosen Zahlungsverkehr illusorisch machte.²⁰¹

Mit dem Übergangskredit des Völkerbundes (1922) in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen sollte die Beseitigung der staatlichen Finanzmisere insbesondere durch eine Verwaltungsreform und einen Beamtenabbau in die Wege geleitet werden.²⁰² Die Bestimmungen des Friedensvertrages brachten jedoch hinsichtlich der Vorkriegsverbindlichkeiten fortgesetzt unangenehme Überraschungen.²⁰³

Im Jahre 1923 wurde eine Währungsverlustrücklage (Kapitalreservefonds) gebildet. In diesem Zusammenhang ging der Geschäftsbericht des Jahres 1923 auf die Aktienkapitalerhöhungen dieses Jahres ein:

„Sämtliche Emissionen wurden mit bestem Erfolge durchgeführt, indem einerseits das Bezugsrecht nahezu vollständig ausgeübt wurde, andererseits die freihändigen Aktien rasch und glatt abgesetzt wurden, und hatten eine Stärkung unseres Kapitalreservefonds um mehr als 32 Milliarden zur Folge.“²⁰⁴

Die Summe der nominellen Kapitalerhöhungen der Jahre 1918 bis 1924 machte insgesamt 790 Millionen Kronen aus, wobei allein die Erhöhung des Jahres 1923 650 Millionen Kronen betrug.²⁰⁵

Veränderung der Passivastruktur in den Jahren 1921 bis 1924
(in Prozent der Bilanzsumme)²⁰⁶

	1921	1922	1923	1924
Aktienkapital	2,8	0,3	0,4	0,2
Reservefonds	0,6	—	—	—
Spezialreservefonds	2,6	—	—	—
Kapitalreservefonds	—	0,4	14,3	8,3
Einlagebücher	4,3	8,8	9,7	13,8
Kreditoren	89,2	88,7	74,5	77,3
Gewinn	0,5	1,8	1,1	0,4
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0

Das Jahr 1923 stand im Zeichen der Stabilisierung des Geldwertes. Trotz der damit eintretenden volkswirtschaftlichen Geldverknappung konnte die Oberbank die Kreditbedürfnisse nahestehender Industrien und des sonstigen Kundenkreises befriedigen.²⁰⁷ Der Zinsfuß enthielt eine Risikoprämie gegen den Wertverlust der Währung und nahm während der ganzen Inflationszeit einen steil ansteigenden Verlauf. Mit fortschreitender Geldentwertung trat auch eine starke Steigerung der Effektenkurse ein.

Dieses Klima schuf ein scheinbar günstiges Terrain für Neuemissionen und viele Bankengründungen, welche letzteren mit allen Mitteln um Einlagen warben und sich hauptsächlich im Effekten- und Devisenspekulationsgeschäft betätigten. Diese Banken waren die ersten Opfer der Krise des Jahres 1924. Die Oberbank formulierte eine Absage an die Spekulation:

„Die durch fehlgeschlagene Spekulationslust und pilzartig emporgeschossene Neugründungen hervorgerufene Krise hat sicherlich ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Diese Stürme werden vielleicht noch manche zu gering fundierte oder mit zu leichter Hand geführte Stelle hinwegfegen, aber vorsichtig und solide geleitete Anstalten werden, fest verankert, aufrecht bleiben.“²⁰⁸

Das Folgejahr 1924 brachte die Bestätigung dieser Prognose:

„Es hat manche Banken in den Abgrund gestürzt, manche in arge Verlegenheit versetzt, und an die Kraft und Leistungsfähigkeit aller ungewöhnliche Anforderungen gestellt.“²⁰⁹

Auch die Oberbank mußte während dieses Jahres ihren Personalstand von 478 auf 324 Personen verringern. Dies war insbesondere eine Folge des Wegfallens der in der Kriegs- und Nachkriegszeit massenhaft angefallenen Arbeit im Rahmen staatlicher Vorschriften.²¹⁰

Die inflationsbereinigte Spareinlagen- und Bilanzsummenentwicklung der Jahre 1914 bis 1924 hatte folgendes Aussehen:

Inflationsbereinigte Spareinlagenentwicklung der Oberbank
für die Jahre 1914 bis 1924 (in Mr. K) ²¹¹

1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
5,4	5,0	3,8	3,3	3,4	1,7	1,3	1,8	1,8	2,0	4,4

Inflationsbereinigte Bilanzsummenentwicklung der Oberbank
für die Jahre 1914 bis 1924 (in Mrd. K) ²¹²

1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
82	74	59	45	32	21	18	42	21	21	32

b) Veränderungen im Niederlassungsbestand

Die Geschäftsausweitung der Inflationsjahre wirkte sich auch auf die Neugründung von Filialen aus. Um nahe an der tschechoslowakischen Grenze Fuß zu fassen, errichtete man im April 1920 eine Filiale in Freistadt und im Sommer des gleichen Jahres eine Expositur in Ebensee, die an die Filiale Bad Ischl angegliedert wurde. Der Geschäftsbericht des Jahres 1920 schreibt ferner:

„Die fortlaufende Ausdehnung unseres laufenden Geschäftes veranlaßte uns zur Umwandlung unserer Expositur Schärding in eine Filiale und zur Ausgestaltung unserer Sommerfiliale Badgastein in eine ganzjährige, ferner im heurigen Jahr zur Errichtung von Filialen in Hallein und Mattighofen und einer Expositur in Steyrdorf; mit der Eröffnung der letztgenannten Niederlassung haben wir einem dringlich geäußerten Wunsche des Handelsgremiums in Steyr entsprochen.“ ²¹³

Weiters wurden im Jahre 1920 noch eine Filiale in Bad Aussee und eine Expositur in Peuerbach und am 1. Jänner 1923 eine Filiale in Perg errichtet.²¹⁴ Am 1. 12. des letzteren Jahres wurde die Wiener Zweigniederlassung in der Wiedener Hauptstraße eröffnet.²¹⁵ Die Kalkulation ergab, daß diese zumindest die Betriebsspesen decken werde können. Ihr eigentlicher Zweck sollte darin bestehen, sich auf die Wahrnehmung von Vermittlungsgeschäften am Wiener Platze für die Zentrale und das bereits aus 22 Niederlassungen bestehende Filialnetz zu konzentrieren.²¹⁶ Bezeichnet der Geschäftsbericht des Jahres 1923 den angestrebten Zweck auch als erreicht, so wurde in der Folge die Wiener Zweigniederlassung — letztlich wegen der ohnehin engen Bindungen zur Unionbank — bald wieder aufgelassen. Ebenso wurden die Filialen Hallein und Freistadt sowie die Expositur Steyrdorf — 1924 — als unrentabel wieder stillgelegt.

c) Das Emissionsgeschäft

Das Effektengeschäft der Inflationszeit wurde von den laufenden Kapitalerhöhungen bestimmt. So wurden im Jahre 1920 neben der eigenen Kapitalerhöhung folgende größere Emissionen untergebracht: 400 Millionen Kronen der O.Ö. Investitionsanleihe, die Kapitalerhöhung der O.Ö. Baugesellschaft und jene der Elektrizitätswerke Stern & Hafferl AG. Weiters wirkte man in diesem Jahr an der Kapitalerhöhung der Tramway- und Elektrizitätsgesellschaft Linz-Urfahr und der Begebung der vierprozentigen österreichischen Losanleihe mit.²¹⁷ 1921 wurden

„drei Kapitalsvermehrungen der Elektrizitätswerke Stern & Hafferl Aktiengesellschaft, eine Kapitalerhöhung der Nettingsdorfer Papierfabrik AG sowie die Emission der Aktien der Permanganat-Fabriks-AG durchgeführt. Gemeinsam mit der Steiermärkischen Eskomptebank, Filiale Linz, führten wir zwei Kapitalsvermehrungen der Linzer Tramway- und Elektrizitäts-Prioritätsobligationen durch und waren außerdem an der Emission der Linzer Stadtanleihe und der Steiermärkischen Landesanleihe beteiligt.“²¹⁸

Darüber hinaus war die Oberbank Konsortialführer beim Absatz von 300 Millionen Kronen fünfprozentiger O.Ö. Landesinvestitionsanleihe und 700 Millionen Kronen O.Ö. Wasserkraft & Elektrizitätsgesellschaftsaktien. Beide Emissionen wurden in kurzer Zeit untergebracht. Während des Jahres 1922 erfolgten unter der Führung der Oberbank folgende Emissionen: Stern-&-Hafferl-Aktien, III. Emission 1921 und Emission 1922, O.Ö. Wasserkraftaktien, I. und II. Emission 1922, fünfeinhalbprozentige O.Ö. Wasserkraft-Obligationen, fünfprozentige O.Ö. Landesinvestitionsanleihe, Eppler-&-Buxbaum-Aktien, Heimischer Holzverband-Aktien, O.Ö. Baugesellschaft-Aktien, Emission Mai 1922, Linz-Eferding-Waizenkirchen-Lokalbahn-Aktien, Permanganat-Aktien, Mai 1922, O.Ö. Glasballon- und Flaschenfabriks-Aktien.²¹⁹ Weiters nahm sie an folgenden Emissionen teil: Unionbank-Aktien, Österreichische Aktiengesellschaft für Bauunternehmungen, Bayerische Vereinsbank-Aktien, fünfprozentige Teilschuldverschreibungen der Isarwerke, sechsprozentige Gasteiner Anleihe, Österreichische Baulose, Emission 1922, Braubank-Aktien, Emission 1922 IV a, IV b und V, Elektrobau-Gesellschafts-Aktien, O.Ö. Nahrungsmittelwerke-Aktien.²²⁰

Von den von einem Bankenkonsortium übernommenen sechsprozentigen Goldschatzscheinen entfiel auf die Oberbank eine Quote von \$ 11.000. Bei der achtprozentigen Goldanleihe betrug die Eigenzeichnung \$ 3000, während von den Parteien \$ 101.760 gezeichnet wurden. Bei den Nationalbank-Aktien zeichnete die Oberbank 82 Stück, während an das Publikum 1147 ganze und 354 Viertelaktien abgesetzt werden konnten.²²¹ 1923 wirkte

die Oberbank am Absatz der Völkerbundanleihe mit und war Konsortialführer bei:

„Stern & Hafferl-Aktien, II. Emission 1922 und Emission 1923, 6 $\frac{1}{2}$ %ige Stern & Hafferl-Obligationen, Oberösterreichische Baugesellschaft-Aktien, Epple & Buxbaum-Aktien, II. Emission 1922 und Emission 1923, Heimischer Holzverband-Aktien, V. Emission 1922 ...“²²²

Sie wirkte des weiteren an folgenden Emissionen mit:

„Oberösterreichische Wasserkraft-Vorzugsaktien, Oberösterreichische Wasserkraft-Stammaktien, 6 $\frac{1}{2}$ %ige Oweag-Obligationen, 8 $\frac{1}{2}$ %ige Oweag-Obligationen in Dollar und Schweizer Franken, Linzer Tramway-Aktien, Emission VI und Einführungssyndikat, Braubank-Aktien, Emission IV und Gründungssyndikat, Esseff-Aktien.“²²³

Die Beteiligung an Konsortialgeschäften erstreckte sich des weiteren auf Unionbank-Aktien, Bauloseemission 1923, Lichtenegger-Obstweink Aktien und Kroatisch-Slawische Hypothekenbankaktien.²²⁴

d) Die Entwicklung des Aktienkapitals

Die fortschreitende Geldentwertung machte auch bei der Oberbank die laufende Erhöhung des Aktienkapitals nötig:²²⁵

Entwicklung des Aktienkapitals in den Jahren 1918 bis 1924 (in Mio. K)

1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
10	15	20	120	150	800	800

Somit wurde in den Jahren 1918 bis 1923 eine Verachtzigfachung des nominellen Aktienkapitals vorgenommen. Ein Vergleich mit den Wiener Banken zeigt bei diesen ungefähr eine diesbezügliche 105fache Vergrößerung.²²⁶

aa) Das Land Oberösterreich als Großaktionär (1920)

Am 2. März 1920 wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um fünf Millionen Kronen beschlossen. Mit der Übernahme dieses Paketes wurde das Land Oberösterreich Großaktionär der Oberbank. Hiezu hieß es:

„Sämtliche neue Aktien übernahm das Land Oberösterreich und gab damit nicht nur dem Vertrauen, das uns in der ehrendsten Weise von allen Seiten entgegengebracht wird, sichtbaren Ausdruck, sondern auch unseren lange bestehenden, umfangreichen, uns äußerst wertvollen Beziehungen zum Lande neue Festigkeit.“²²⁷

bb) Verbindung zur Bayerischen Vereinsbank (1921)

Da die letzte Kapitalerhöhung nicht ausreichend war, beschloß die außerordentliche Generalversammlung vom 22. 4. 1921 eine Erhöhung um weitere 40 Millionen Kronen. Zur Unterbringung dieser Aktien ging man im Juli 1921 ein enges Verhältnis zu einem weiteren Bankinstitut ein:

„Den neuen Erscheinungen im Wirtschaftsleben, insbesondere der Gruppierung zu Interessensgemeinschaften Rechnung tragend, sind wir heuer mit einem der angesehensten süddeutschen Bankinstitute, der Bayerischen Vereinsbank München-Nürnberg, unter Wahrung unserer vollkommenen Selbständigkeit ein freundschaftliches Verhältnis, ähnlich jenem, welches seit Jahren mit der Unionbank in Wien besteht, eingegangen. Die Bayerische Vereinsbank übernimmt von der Neuausgabe unserer Aktien einen gleich hohen Posten wie die Unionbank in Wien. Da auch eine gegenseitige Vertretung in der Verwaltung wünschenswert erschien, haben wir den Direktor der Bayerischen Vereinsbank, Herrn Dr. Hans Dietrich, in den Verwaltungsrat kooptiert, während die Bayerische Vereinsbank unser Verwaltungsratsmitglied, Herrn Rudolf Biebl, in ihren Aufsichtsrat gewählt hat.“²²⁸

cc) Weitere Kapitalerhöhungen

Bereits in der außerordentlichen Generalversammlung vom 23. 11. 1921 wurde die Erhöhung des Aktienkapitals auf 150 Millionen Kronen beschlossen. Von den 90 Millionen Kronen neuen Aktien wurden noch 60 Millionen Kronen im Dezember 1921 untergebracht, während der Rest von 30 Millionen Kronen erst im Jahr 1922 plazierte werden konnte.²²⁹ Am 22. 11. 1922 wurde eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 500 Millionen Kronen genehmigt. Ein Teil des zusätzlichen Aktienkapitals wurde insbesondere dadurch, daß das Bezugsrecht bis auf einen geringfügigen Posten ausgeübt wurde, in drei Tranchen schnell abgesetzt. Da das somit insgesamt eingezahlte Aktienkapital aber trotzdem erst 400 — statt der beschlossenen 500 Millionen Kronen — ergab, ersuchte man die ordentliche Generalversammlung vom 1. 6. 1923, nicht nur den Beschluß bezüglich des Restbetrages zu erneuern, sondern im Bedarfsfalle eine Aktienkapitalerhöhung auf 800 Millionen Kronen vornehmen zu dürfen. Hierbei verwies man auf die neuerliche verschärfte Geldknappheit und den gesteigerten Kreditbedarf von Handel, Industrie und Gewerbe. Diese letzte Tranche wurde während des Jahres 1923 abgesetzt.²³⁰

e) Der Übergang zur Schillingwährung und die Aufstellung der Golderöffnungsbilanz

Mit dem Bundesgesetz vom 20. 12. 1924, Bundesgesetzblatt Nr. 461, wurde die Schillingwährung eingeführt. Das Umrechnungsverhältnis von Kronen auf Schilling betrug 10.000 : 1. Die Rechnungslegung durfte ab 1. 1. 1925 — zunächst — wahlweise in Kronen oder Schilling vorgenommen werden.²³¹ Nach Bundesgesetz vom 4. 6. 1925, Bundesgesetzblatt Nr. 184 (Goldbilanzgesetz), war eine Eröffnungsbilanz für dasjenige Jahr aufzustellen, in dem man zur Schillingwährung überging. Nach der Stabilisierung der Krone und der Rechnungslegung in Schillingwährung war der

Boden für eine Bilanzierung vorbereitet worden, die der tatsächlichen Lage der Unternehmungen entsprach, wiederum die Bildung von regelmäßigen Abschreibungen ermöglichte und die Besteuerung von Scheingewinnen verhinderte. Das Goldbilanzgesetz unterbrach die Bilanzkontinuität, da es über eine Umrechnung der Positionen der vorausgehenden Kronenbilanz hinaus eine Neubewertung sämtlicher Posten unter Berücksichtigung der wahren Unternehmenssituation erforderte.²³² Der Geschäftsbericht für das Jahr 1925 meldete hierzu:

„Da unser Institut am 1. März 1925 zur Schillingwährung übergegangen ist, haben wir die Golderöffnungsbilanz für den Beginn des Geschäftsjahres 1925 aufzustellen.“²³³

Die Goldbilanz wurde auf den 1. 1. 1925 rückdatiert und anlässlich der Generalversammlung vom 29. 6. 1926 genehmigt:²³⁴

Golderöffnungsbilanz für den 1. Jänner 1925 (in 1000 S)²³⁵

Aktiva		Passiva	
Kassa	790	Aktienkapital	2.000
Kupons	24	Allgemeiner Reservefonds	400
Wechsel	3.924	Kapitalrücklage	100
Valuten u. Devisen	139	unbehobene Dividenden	150
Effekten	1.234	Einlagebücher	5.450
Realitäten	1.359	Kreditoren	30.437
Debitoren	31.067		
	<u>38.537</u>		<u>38.537</u>

In dieser Bilanz wurden die Mobilien und wertvollen Tresoranlagen als stille Reserven behandelt. Bei den Debitoren bildete man entsprechende Wertberichtigungen und die Effektenposition erhöhte sich, da ein Teil der bisher unter Debitoren ausgewiesenen Forderungen auf sie übertragen wurde.

Bei der Bildung des neuen Schilling-Aktienkapitals hatte auf die künftige Ertragsfähigkeit Rücksicht genommen zu werden. Hiezu hieß es:

„Wir haben für die kommenden Jahre Ertragsberechnungen angestellt und sind zu der Ansicht gekommen, daß bei der Annahme eines Aktien-Kapitales von S 2.000.000.— eine entsprechende Verzinsung erreicht werden kann.“²³⁶

Der Antrag auf eine dementsprechende Neukonstituierung des Aktienkapitals fand die Zustimmung der Aktionäre der Generalversammlung vom 28. 6. 1926. Für je zehn Aktien à K 400 erhielt jeder Aktionär eine neue Aktie à S 10. Das neue Aktienkapital war demnach in 200.000 Aktien zerlegt.²³⁷

2. Auf der Suche nach einem neuen Partner (1925 bis 1928)

a) Die Entscheidungssituation

Anläßlich der Erstellung der Goldbilanz ergab sich, daß das Eigenvermögen der Oberbank verhältnismäßig bescheiden war und es wurden verschiedene Vorschläge zur Stärkung der finanziellen Kraft und des Kredites erörtert.²³⁸

aa) Der Situationsbericht der Direktion

Im Juli 1925 erteilte der Verwaltungsrat der Direktion den Auftrag, Vorschläge zu Organisations- und Geschäftsführungsreformen auszuarbeiten. Am 26. 9. 1925 wurde nach dreitägigen Beratungen folgender Plan vorgelegt:²³⁹

1. Sofortmaßnahmen:

- a) Regieeinsparung insbesondere durch Einführung der unterbrochenen Arbeitszeit in sämtlichen Niederlassungen.
- b) Regelung der Überstundenentlohnung und der Kurortezulagen.

2. Grundlegende Maßnahmen:

„Was nun die nächste Zukunft betrifft, so erachten wir es als dringend an der Zeit, sich mit unseren nachfolgenden Vorschlägen zu beschäftigen.“²⁴⁰

In diesem Zusammenhang wurde es als unerlässlich erachtet, so schnell wie möglich einen Partner zu suchen. Hiezu wurden im Prinzip drei Vorschläge gemacht:

- a) Die Oberbank unter möglichst weitgehender Wahrung ihrer Selbständigkeit in das Programm der Centralbank der deutschen Sparkassen einzufügen. Im Rahmen dieser Aktion wurden Provinz- und Mittelbanken zusammengefaßt.
- b) Eine Interessengemeinschaft mit heimischen Geldinstituten einzugehen.
- c) Im Falle der Undurchführbarkeit dieser Projekte die Anlehnung an eine Wiener Großbank zu suchen,

„... als welche die Unionbank oder die Bodencredit-Anstalt in Betracht kämen, wobei natürlich aus Loyalitätsgründen zuerst die Unionbank zu fragen wäre.“²⁴¹

Die Alternative a) wurde nicht gewählt, weil sich in der Folge sehr schnell zeigte, daß die Centralbank in Schwierigkeiten geriet, denen ihr Zusammenbruch folgte.²⁴² Über Versuche, eine Interessengemeinschaft mit heimischen Kreditinstituten anzubahnen, ist nichts bekannt. Wie die weitere Entwicklung zeigte, wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 die Alternative c) realisiert.

bb) Die Stellungnahme der Kleinaktionäre

Diese Situation wurde insbesondere durch Gerüchte über die geminderte Leistungsfähigkeit der Oberbank ins Unangemessene vergrößert.²⁴³ Starke emotionelle Reaktionen traten vor allem unter den Kleinaktionären auf, in deren Namen Oberst Lindner in der außerordentlichen Generalversammlung vom 29. 6. 1926 eine Ansprache hielt:

„Wir begrüßen daher vor allem Herrn Generaldirektor Dr. Stepski auf seinem Posten, den er nunmehr in der Bank eingenommen hat und drücken ihm rückhaltlos unser Vertrauen aus (Bravorufe), daß er sich trotz seiner Überbürdung der Bank angenommen hat.“²⁴⁴

Der Redner versicherte Oberbankpräsident Dr. Richard Stepski der vollsten Loyalität der Kleinaktionäre und sprach die Hoffnung aus, daß er geeignete Persönlichkeiten an seine Seite gewinnen möge. Andererseits kritisierte er die Höhe der Aufwendungen.²⁴⁵

„Seinerzeit waren 22 Filialen in Tätigkeit oder besser gesagt in Untätigkeit. Welch hohe Ablösungen, Einrichtungskosten usw. waren damit verbunden. Die Filialen waren fressendes Kapital, kein Geschäft.“²⁴⁶

Lindner stellte fest, daß die öffentliche Meinung auf seiten der Minderheitsaktionäre liege und nicht auf jener der Großaktionäre, die letztlich in der Generalversammlung die Beschlüsse fassen würden. Indem er sich somit zum Vertreter der gesamten Aktionärsschaft aufschwang, wandte er sich gegen die Verwaltung.²⁴⁷

cc) Die Bedeutung der Oberbank für die heimische Wirtschaft

Unüberwindbare Schwierigkeiten der Oberbank hätten insbesondere das Land Oberösterreich in eine schwere wirtschaftliche Krise gestürzt. So befanden sich am Anfang des Jahres 1926 ihre Repräsentanten in den Verwaltungsräten von fast 30 heimischen Großbetrieben:²⁴⁸

Lokalbahn Gmunden-Vorchdorf, Lokalbahn Linz-Eferding, Lokalbahn Mauthausen-Grein, Salzkammergutlokalbahn, Lokalbahn Vöcklamarkt-Attersee, O. Ö. Kraftwagen-Verkehrs-AG, Wolfsegg-Traunthaler-Kohlenwerks-AG, Braubank, Linzer Malzfabrik, Salzkammergutbrauerei (Gmunden), Esseff, Linzer Permanganatfabrik-AG, Elektrizitäts- und Straßenbahn-Gesellschaft (Linz), Elektrizitätswerke Stern & Hafferl AG, Gmundner Elektrizitätswerke AG, O. Ö. Elektrobau-AG, Badgasteiner Thermalwasser-AG, Heimischer Holzverband, Eppler & Buxbaum, Nettingsdorfer Papierfabriks-AG, Aktiengesellschaft der Kleinmünchner Baumwollspinnereien und mechanische Weberei, Mürtzaler Holzstoff- und Papierfabriks-AG, Salzburger AG für Elektrizitätswirtschaft, Glutinwerke AG, Mollner Holzwarenfabriken, Brauerei Kaltenhausen, Steingutindustrie Engelhof.

b) Das Krisenmanagement

aa) *Die Garantie des Landes Oberösterreich und der Geschäftsvertrag mit der Allgemeinen Österreichischen Bodencreditanstalt (1926)*

Die naheliegendste Lösung wäre eigentlich diejenige einer Aktienkapitalerhöhung und -reduzierung gewesen.²⁴⁹ Diesem Vorschlag zufolge hätte die Unionbank 0,3 bis 0,4 Millionen Schilling und das Land Oberösterreich 0,5 Millionen Schilling aufgebracht.²⁵⁰ In einem späteren Brief an die Unionbank führte die Oberbank aus, daß dieser Weg wegen der Opposition der Minderheitsaktionäre nicht eingeschlagen wurde.

„Schon die Tatsache allein, verbunden mit der damaligen markttechnischen Situation, die ein größeres Placement in Oberösterreich als ausgeschlossen erscheinen ließ, hätte in den oppositionellen Kreisen und nicht zuletzt auch in der oberösterreichischen Presse zu wenig angenehmen Kommentaren auch ihrem Institute gegenüber geführt...“²⁵¹

Im Gegensatz hiezu arbeitete die Bankleitung einen Plan aus, nach welchem statt dessen die Aktiven der Goldbilanz „durch eine Garantie von Seite der Großaktionäre und Funktionäre der Bank unterlegt werden sollten“.²⁵² In diesem Zusammenhang erklärte sich das Land Oberösterreich zu einer Garantie von 0,5 Millionen Schilling in Form einer zu sperrenden Einlage bereit. Obwohl darüber hinaus eine Reihe von Persönlichkeiten zur Übernahme von Haftungen gewonnen werden konnte und das Land am Tage der Generalversammlung seine Haftung auf 1,15 Millionen Schilling erhöhte, gelang es doch nicht, den in Aussicht genommenen Betrag aufzubringen. Trotzdem wurde die Goldbilanz von der Generalversammlung vom 29. 6. 1926 einstimmig genehmigt.

Wie der Finanzausschußbericht des oberösterreichischen Landtages ausführte, blieben leider die Verhandlungen zur Beschaffung weiterer Garanten ohne Erfolg. Die Überprüfung des Bankstatuts von verschiedenen Seiten hätte ergeben, daß die Oberbank nur den fortgesetzten Entzug von Geldmitteln nicht ertragen könne, sonst aber gesund und lebensfähig sei. In dieser Situation festigte sich die Ansicht,

„daß eine ausreichende Sicherung des Kredites der Oberbank sowohl am inländischen als auch am ausländischen Geldmarkte nur durch Anlehnung an eine leistungsfähige und leistungswillige Großbank zu finden sei“.²⁵³

Da die Unionbank in dieser schwierigen Lage keine Haltung eingenommen hatte, die entgegenkommend genug gewesen wäre und ihr Verwaltungsratsvertreter Ende Juli 1926 zurückgezogen worden war, ohne daß er ersetzt worden wäre, mußte die Oberbank den letzteren Akt als offizielles Desinteresse der Unionbank auffassen.²⁵⁴ In ihrem Brief vom 12. 10. 1926 führte die Oberbank hiezu aus:

„Es war daher nur selbstverständlich, daß auch wir uns an das bestehende Programm nicht mehr gebunden erachteten.“²⁵⁵

Sie trat daher Ende August und Anfang September in sehr intensive Verhandlungen mit der Bodencreditanstalt ein. Diese erfreute sich eines ausgezeichneten Rufes und war unter drei Voraussetzungen bereit, eine Interessengemeinschaft mit der Oberbank einzugehen:

- a) Übernahme einer Garantie des Landes Oberösterreich im Betrag von fünf Millionen Schilling zur Deckung von auftretenden Forderungsverlusten. Die Höhe dieser Summe wurde darauf abgestellt, daß nach menschlicher Voraussicht und einer normalen Entwicklung der Oberbank für diese keine darüber hinausgehenden Verluste auftreten könnten.
- b) Vertretung im Verwaltungsrat der Oberbank.
- c) Ermöglichung einer Interessenahme am größten oberösterreichischen Elektrizitätsunternehmen.²⁵⁶

Die oberösterreichische Landesregierung stimmte diesem Entwurf in ihren Sitzungen vom 2. und 7. 9. 1926 zu und so konnte am 28. 9. 1926 eine mündliche Vereinbarung getroffen werden.

Bei dieser waren Präsident Dr. Richard Stepski und Vizepräsident Christoph Piesslinger seitens der Oberbank, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Josef Schlegel seitens der oberösterreichischen Landesregierung und Vorstandsdirektor Dr. Ernst Mosing von der Bodencreditanstalt anwesend.²⁵⁷ Zwischen diesen Herren wurde folgendes Übereinkommen getroffen:

Das Land Oberösterreich verpflichtete sich, die obige Garantie zu übernehmen.

„Das Land wird diese seine Garantie sukzessive bis zur Höhe von rund 50 % der erwähnten 5 Millionen Schilling durch freie Effekten unterlegen und zwar mit Nominale S 350.000.— o. ö. 7%ige Dollaranleihe, die das Land bis spätestens 30. Juni 1927 voll bezahlt zur Verfügung haben und erlegen wird.“²⁵⁸

Anstelle dessen könnten auch jene Effekten hinterlegt werden, die das Land zu diesem Zwecke von seinen Subgaranten erhalten würde.²⁵⁹ Gegenwärtig wären bis spätestens 1. 3. 1927 S 403.790 an die Oberbank einzuzahlen.²⁶⁰

Der Oberbankvorstand hätte jeweils am Jahresende im Beisein eines Landesvertreters die Bonität der Debitoren zu prüfen und das Land die demnach zu leistenden Garantiebeträge bis längstens 30. Juni — spätestens aber vor der Generalversammlung — eines jeden Jahres einzuzahlen. Die solcherart aufgebrauchten Beträge sollten dem Land zinsenlos aus den jeweils nach Dividendenausschüttung verbleibenden Gewinnen zu-

rückgezahlt werden. Über die Höhe der betreffenden Beträge sollte ein Majoritätssyndikat entscheiden.

„Sämtliche der Bank, der Anstalt, dem Lande, der Bayerischen Vereinsbank und der Schweizer Gruppe verfügbaren Aktien werden in ein Majoritätssyndikat und ein Kursregulierungssyndikat eingebracht...“²⁶¹

Des weiteren sah das Übereinkommen relativ begünstigte Bedingungen der Oberbank für den gesamten Geschäftsverkehr mit dem Land vor, welches hingegen versprach, sämtliche Bankgeschäfte nach Möglichkeit vorzugsweise über die Oberbank abzuwickeln und sie auch sonst materiell und moralisch nachdrücklichst zu unterstützen:

„Insbesondere sagt das Land zu, die Bank hinsichtlich Abhebungen aufs Äußerste zu schonen. Das Land wird sich bemühen, eventuell Ersatzeinlagen in Oberösterreich zu beschaffen. Sollten jedoch Abhebungen unvermeidlich sein, so ist das Land bereit, den Kreditweg zu betreten und die Bodencreditanstalt ist bereit, dem Lande bis Ende 1927 entsprechende Kontokorrentkredite gegen Wechsel zur Verfügung zu stellen. Die Bank müßte dem Lande hinsichtlich der Verzinsung solcher Einlagen im gegebenen Momente entgegenkommen.“²⁶²

Die Beziehungen zwischen der Oberbank und der Bodencreditanstalt wurden folgend geregelt:

„Die Anstalt und die Bank sichern sich gegenseitig für ihre wechselseitigen Geschäftsbeziehungen die Konditionen ihrer meistbegünstigten inländischen Bankklientel zu. In der Öffentlichkeit und in den Korrespondentenlisten werden sich die beiden Institute wechselseitig als Korrespondenten und Zahlstellen anführen. Die Anstalt wird die Bank in ihrem Arbeitsgebiete nicht konkurrenzieren und an eventuellen der Anstalt direkt angebotenen Geschäften der Bank eine entsprechende Beteiligung anbieten.“²⁶³

Die Oberbank verpflichtete sich hingegen, außerhalb ihres Gebietes nur mehr Filialen mit Einverständnis der Bodencreditanstalt zu eröffnen und auch die Wiener Filiale aufzulassen. Darüber hinaus würde sie der Bodencreditanstalt bei Finanztransaktionen, Kapitalvermehrungen und größeren Kreditgewährungen die Mitwirkung anbieten.

„Die Anstalt sichert der Bank einen Wechselkomplettkredit auf Grund von guten Wechseln (Kommerz- und Finanzpapiere) bis zu 5 (fünf) Millionen Schilling zu, wobei die Aufnahme von Wechselkomplettkrediten bei anderen Stellen (abgesehen von der Nationalbank und dem Postsparkassenamte) fallweise einvernehmlich geregelt werden wird. Die Anstalt erklärt sich überdies bereit, der Bank in speziellen Fällen noch weitere Kredite einzuräumen, sofern die Bank den speziellen Fall der Anstalt zur Begutachtung unterbreitet und ihr im Falle ihrer Zustimmung eine entsprechende Beteiligung anbietet. Bei Bedarf an kurzfristigen ungedeckten Kontoüberziehungen ist jeweils in kurzem Wege das Einvernehmen mit der Anstalt zu pflegen.“²⁶⁴

Die Bodencreditanstalt würde der Oberbank darüber hinaus ihre Geschäftstätigkeit erleichtern und sich dafür einsetzen, daß ihr bestimmte

Postlaufkredite an großen Auslandsplätzen (Paris, New York, Prag, Zürich, Amsterdam, London und Mailand) eingeräumt würden.

In einem Punkt der Vereinbarung ging man auf die bereits begonnene Reorganisation ein, die eine Regiesenkung auf die Hälfte des Jahres 1925 bringen sollte.²⁶⁵

bb) Auseinandersetzung mit der Unionbank (1926)

Eineinhalb Wochen nach Abschluß dieses Vertrages kam es zur Auseinandersetzung mit der Unionbank. Diese verwies auf die jahrzehntelangen Beziehungen und die getroffenen Vereinbarungen.²⁶⁶ Sie hätte dem ursprünglichen Vorschlag (Mai 1926) einer Kapitalerhöhung zugestimmt und damit auch nicht die Majorität erwerben wollen. Mitte Juni wäre aber vom Land Oberösterreich überraschenderweise die Zustimmung zu dieser Regelung versagt worden.²⁶⁷ Die Oberbank entgegnete, daß mit der Unionbank nur ein Geschäftsprogramm bestanden habe und daß die letztere nicht entgegenkommend genug gewesen wäre.²⁶⁸ Die Unionbank meinte, daß sie bei der Wechselzensurierung allerdings mit einer gewissen Vorsicht hätte vorgehen müssen²⁶⁹, aber im Hinblick auf die Solidarhaftung des Landes bis zu einer Million bezüglich des Escompte-Obligos habe man dies als brauchbare Zwischenlösung angesehen. Daher war man überrascht, als Dr. Stepski die Eröffnung machte, daß die Oberbank mit einem anderen Institut Vereinbarungen traf.²⁷⁰ Die Oberbank antwortete, trotz der Beurlaubung eines Teiles der Vorstandsmitglieder der Unionbank wäre unverzügliche Fühlungnahme notwendig gewesen.

„Da Sie uns, nachdem Ihnen die Situation bereits Anfang August klar war, die Kredite zu sperren begannen, statt mit uns über eine weitgehende Hilfeleistung zu beraten, konnte uns nicht mehr unklar sein, daß Ihre Entscheidung in der Frage der Garantie nur negativ ausfallen würde.“²⁷¹

Die Unionbank stellte fest, sie würde alle Ansprüche aus der Geschäftsverbindung in ihrer Eigenschaft als Großaktionär geltend machen²⁷² und daß sie an dem Kaufangebot der Oberbank hinsichtlich deren Aktienpaketes nur unter einer Bedingung interessiert sei:

„Wie schon wiederholt erwähnt, hätte die Abgabe dieser Stücke für uns nur dann Interesse, wenn wir dagegen die in Ihrem Besitze befindlichen Aktien der Kleinmünchner und der Braubank erwerben könnten.“²⁷³

cc) Durchführung einer Reorganisation

aaa) Die allgemeine Kostensituation

In der Plenarsitzung des Verwaltungsrates vom 18. 12. 1925 berichtete Vizepräsident Friedrich Tscherne über notwendige Organisationsänderungen.²⁷⁴ Die allgemeine Wirtschaftskrise und insbesondere die Ansiedlung

einer Reihe von Filialen von Wiener Großbanken hätten zwar keine Verringerung des Geschäftsumfanges, wohl aber der Rentabilität mit sich gebracht. Man stünde vor der Tatsache, daß bei gleichbleibender Höhe der Geschäftsregion diese die Erträge übersteigen würden. Eine Steigerung der letzteren würde selbstverständlich mit allen Kräften angestrebt und die diesbezüglichen Bemühungen wären auch nicht erfolglos geblieben. Ein Ausgleich mit den Aufwendungen könne hiedurch jedoch nicht herbeigeführt werden. Ein solcher wäre nur durch Einsparungen möglich, die allerdings nicht auf Kosten der Leistungsfähigkeit des Geschäftsapparates gehen dürften.

Von der Inflationszeit ausgelöst, war das Unkostenproblem im Bankensektor immer fühlbarer in den Vordergrund getreten. Die ungünstige Kostenentwicklung jener Zeit führte zwar erstmals zur Entdeckung der Bankkalkulation²⁷⁵, jedoch war diese noch nicht weit genug fortgeschritten, um eine echte Hilfe zu bieten. So suchten viele kleinere Banken ein Abhängigkeitsverhältnis zu einer Großbank, was die Vorteile einer weitgehenden Verteilung des Geschäfts- und Kapitalrisikos und eines größeren Ansehens mit sich brachte.²⁷⁶ Mit der Besserung der Rentabilitätsverhältnisse wurde die Frage der leistungsgerechten Kostenerfassung und -zuordnung wieder für Jahrzehnte in den Hintergrund gedrängt.²⁷⁷

bbb) Die Umstellung der Führungsorganisation

„Gemäß § 13 unserer Statuten erfolgt die Administration unserer Bank und die Führung aller Geschäfte durch den Vorstand, welcher aus dem Verwaltungsrat und den in den Vorstand berufenen Direktoren besteht. Der Vorstand kann aber gemäß § 19 die Führung der gewöhnlichen Geschäfte dem Geschäftsausschusse übertragen, welcher täglich zusammentritt und auf Grund kollegialer Beratung handelt.“²⁷⁸

Die Erfahrungen hätten jedoch gezeigt, daß es schwierig sei, Männer zu finden, die sich während dieser schweren Zeit herbeiließen, täglich zu einer Geschäftsausschußsitzung zu erscheinen, um damit ihre eigenen Geschäfte mehr oder weniger zu vernachlässigen. Man solle daher diese Sitzungen auf zweimal pro Woche reduzieren. Da die Kreditgewährung weitaus den größten Teil der Zeit des Geschäftsausschusses in Anspruch nehme, schlug Friedrich Tscherne vor, daß von diesem nunmehr nur mehr Kredite über S 20.000.— behandelt werden sollten, welche Grenze früher bei S 5000.— lag. Die Direktion würde sich — abgesehen von dieser Erweiterung — wie bisher insbesondere mit folgenden Agenden zu befassen haben:

- a) Personalreferat,
- b) Zweigniederlassungen und Filialen,

- c) Platzgeschäft (Wechselstube),
- d) Kreditgeschäft mit den Konzerngesellschaften und sonstigen Kunden,
- e) Kassagebarung,
- f) Buchhaltung und Korrespondenz,
- g) Effekten- und Depotgeschäft,
- h) Emissions- und Konsortialgeschäft,
- i) Innen- und Betriebsorganisation,
- k) Auslandsverkehr.²⁷⁹

Jedem der in Linz domizilierenden Direktoren würde einvernehmlich mit dem Geschäftsausschuß ein Teil obiger Agenden zugewiesen. Alle einkommenden Geschäftsstücke wären jenem Herrn, in dessen Referat sie fielen, zur Verteilung für die Geschäftsausschuß-, Direktionssitzung oder Erledigung im eigenen Wirkungskreise zuzuweisen. Die in den Wirkungskreis des Geschäftsausschusses fallenden Angelegenheiten wären zur weiteren Behandlung dem Direktionsvorsitzenden zu überweisen. Die Geschäfte der Direktion sollten in der Regel in einer Direktionssitzung zur Beratung gebracht werden. Zu diesem Zweck würde einer der dem Vorstand angehörigen Direktoren zum Vorsitzenden ernannt. Dieser hätte nach eigenem Ermessen die Direktionssitzungen einzuberufen und die Beratungen zu leiten. Bei Gleichheit der Stimmen gelte jene Meinung zum Beschluß erhoben, welcher der Vorsitzende beitreten würde. Letzterer hätte bei allen Sitzungen des Geschäftsausschusses das Referat zu führen. Seine Berufung würde durch den Vorstand erfolgen. Er wäre für die Durchführung und Überwachung der Beschlüsse der Direktion und des Geschäftsausschusses verantwortlich.²⁸⁰

Im Rahmen der durch Beschlüsse des Geschäftsausschusses oder der Direktion gegebenen Richtlinien wären die einzelnen Direktoren in ihren Ressorts selbständig und könnten die ihnen notwendig erscheinenden Verfügungen treffen; doch wären sie verpflichtet, hierüber den jeweiligen Vorsitzenden in Kenntnis zu setzen. Der letztere hätte im Falle seiner Verhinderung ein anderes Mitglied der Direktion — und zwar in erster Linie ein solches, das dem Vorstand angehöre, mit seiner Vertretung bei den Direktionssitzungen und im Referat vor dem Geschäftsausschuß zu betrauen. Es stünde sowohl dem Geschäftsausschuß als auch der Direktion frei, sich eine eigene Geschäftsordnung zu geben, doch sei gegebenenfalls erstere dem Plenum des Vorstandes, letztere dem Geschäftsausschuß zur Genehmigung vorzulegen. Insbesondere bedürften Änderungen in der Zuteilung der einzelnen Ressorts der Zustimmung des Geschäftsausschusses.

ses. Bei Abstimmungen über eine solche Änderung dürfe der dem Geschäftsausschuß angehörige Direktor nicht mitstimmen.²⁸¹

Da Otto Nicoletth die Berufung zum Vorsitzenden ablehnte, wurde Josef Splechtna erster Vorstandsvorsitzender der Oberbank. Josef Splechtna wurde 1896 nach Beendigung einer dreijährigen Banklehrzeit zum Oberbankbeamten ernannt. 1908 schien er als öffentlicher Gesellschafter des Bankgeschäftes Josef Splechtna & Co. in Ried auf. Nach der Übernahme dieses Geschäftes durch die Oberbank wurde er im Jänner 1914 Prokurist und Leiter der Filiale Ried, im März 1918 Direktor-Stellvertreter und im August in die Direktion nach Linz berufen. Am 9. 5. 1923 wurde er Vorstandsmitglied.²⁸²

In der gleichen Plenarsitzung des Verwaltungsrates, in der Vizepräsident Tscherne seinen Organisationsbericht vortrug und zurücktrat, wurde der Generaldirektor von Stern & Hafferl — Dr. Richard Stepski — in den Verwaltungsrat kooptiert.²⁸³ Dieser wurde 1926 Präsident des Institutes. Ihm zur Seite stand Christoph Piesslinger.²⁸⁴

ccc) Die Umstellung der Filial- und Abteilungsorganisation

Hinsichtlich der Filialen vertrat Friedrich Tscherne folgende Auffassung:

„... glauben wir auch noch die Auflassung mehrerer Filialen oder wenigstens deren Umwandlung in bloße Zahlstellen ins Auge fassen zu sollen und zwar in erster Linie natürlich solche, welche andauernd passiv arbeiten. Es werden hiedurch nicht bloße Einsparungen in den Personalunkosten, sondern auch nicht unbeträchtlicher anderweitiger Spesen herbeigeführt.“²⁸⁵

Dies betraf insbesondere die Niederlassungen in Perg, Ebensee und Bad Aussee. Die Geschäfte der Expositur Peuerbach mit ihrer Zahlstelle Neunkirchen am Walde wurden Mitte Juni 1926 an die Filiale Wels übertragen. Die Zweigniederlassung Wien wurde ebenfalls in diesem Jahr aufgelöst. Die Filiale Bad Aussee wurde in diesem Jahr in eine Zahlstelle umgewandelt.²⁸⁶

Bereits 1927 wurden wieder neue Filialen gegründet:

„Wir haben im Berichtsjahre in Amstetten, das wirtschaftlich nach Oberösterreich gravitiert, in Vöcklabruck und in Bischofshofen Filialen errichtet, deren Entwicklung wir abwarten.“²⁸⁷

Eine Belegschaftsgliederung nach Filialen ergab zum 1. 6. 1928 folgenden Überblick:²⁸⁸

Belegschaftsgliederung nach Filialen zum 1. 6. 1928

Salzburg	20	Badgastein	7	Vöcklabruck	4
Wels	9	Schärding	5	Amstetten	3
Bad Ischl	9	Ried	5	Expositur Landstraße	3
Gmunden	8	Expositur Urfahr	5	Ebensee	2
Steyr	7	Mattighofen	4	Hofgastein	2

Bezüglich der Abteilungsorganisation der Linzer Hauptniederlassung schlug Friedrich Tscherne vor, die im angrenzenden Hartwagnerhaus untergebrachten Geschäftsabteilungen in das eigentliche Bankgebäude zu verlegen. Dies könne platzmäßig auf Grund des vorjährigen Beamtenabbaues leicht geschehen und würde Einsparungen bei den Energie- und Personalkosten sowie die Zusammenlegung von bisher getrennten Abteilungen ermöglichen.²⁸⁹

ddd) Die Personalpolitik im Zeichen des Beamtenabbaues

Am 17. 11. 1925 fand eine Besprechung zwischen der Direktion und dem Betriebsratsplenium statt.²⁹⁰

Die Frage nach der nächsten Zukunft wurde folgend beantwortet. Der Verlust des heurigen Jahres sei durch das arge Mißverhältnis zwischen den Gehaltsaufwendungen und den Verdienstmöglichkeiten entstanden. Es sei daher ein Gehälterabbau notwendig, der bei der Direktion mit 20 Prozent beginne und nach unten gestaffelt sei. Auch Pensionierungen würden nötig werden und — sowenig wie möglich — leider auch Personalabbau, wenn man die nötige Ersparnis von vier bis fünf Milliarden Kronen erreichen wolle.²⁹¹

Ende des Jahres 1925 wurde somit eine neuerliche Verringerung des Angestelltenstandes vorgenommen, „der sich gegenüber dem Höchststand auf rund die Hälfte vermindert hat“.²⁹² Aus dem Protokoll der am 26. 9. 1926 zwischen Vertretern des Verwaltungsrates, der Direktion und des Betriebsrates stattgefundenen Sitzung ist zu entnehmen, daß auch 1926 ein Personalabbau stattfand, wobei man sich für die Zahl von weiteren 90 Beamten entschloß. Diejenigen Beamten, die sich bereit erklärten, freiwillig auszuscheiden, erhielten eine um 15 Prozent höhere Abfertigung.²⁹³ Diese Quote wurde später auf 25 Prozent erhöht.²⁹⁴

Diese Maßnahmen hatten das Betriebsklima zusehends verschlechtert. Am 15. März 1927 drohte eine Resolution der Betriebsvollversammlung mit der Einstellung von Überstunden, wenn der Betriebsrat — wie z. B. bei der Neuregelung des Überstundenpauschales — weiterhin umgangen werden sollte. In einem Memorandum wurde folgendes ausgeführt:

„Es ist der Angestelltenschaft bekannt, daß die Regelung selbst der geringfügigsten Personalangelegenheiten die Sanktionierung des Präsidenten der Bank erhalten muß. Bei der Vielseitigkeit des Präsidenten ist derselbe für lange Zeit für Personalangelegenheiten nicht erreichbar, wodurch die Verschleppung von Personalfragen zur dauernden Erscheinung zu werden droht.“²⁹⁵

Es wurde gebeten, den Personalreferenten mit den notwendigen Vollmachten auszustatten, wie dies in anderen Instituten üblich sei.²⁹⁶

Gleichzeitig war der Betriebsrat aber auch mit der Art der innerbetrieblichen Reorganisation unzufrieden. Diese beschränke sich auf interne und buchhalterische Angelegenheiten; es bestehe kein festes Arbeitskomitee, sondern nur ein loser Zusammenschluß und außerdem wäre mehr Koordination mit den Filialen notwendig.²⁹⁷ Am 20. 9. 1927 wurde eine zehn Seiten umfassende Stellungnahme des Betriebsrates vorgelegt. Hierin wurde ausgeführt, daß leider auch 1927 dieselben Erscheinungen wie im Vorjahr festzustellen seien.

„Der Herr Präsident hat seinerzeit in programmatischen Erklärungen die künftige Entwicklung der Bank vorgezeichnet und allseitige Zustimmung selbst der notorisch unzufriedenen Kreise der Aktionäre gefunden.“²⁹⁸

Hiemit wäre die Grundlage für ein allgemein größeres Vertrauen gegeben gewesen.

„Das ganze Linzer Gebiet, die solide Industrie und den guten Handel wiederzugewinnen, hat die vornehmste Aufgabe der Oberösterreicherbank, hat der ‚vertikale‘ Aufbau²⁹⁹ der Zentrale zu sein.“³⁰⁰

Bezüglich der Frage der Innenorganisation sei der Verwaltungsrat offenbar nicht in Kenntnis der tatsächlichen Vorgänge. Der Betriebsrat habe z. B. eine Innenreform der Buchhaltung schon immer als zweckmäßig empfohlen. Die Arbeit des Reorganisationsbüros wäre hingegen eine rein bürokratische, die sich in zahlreichen Rundschreiben erschöpfe. Gegen den von Dr. Stepski eingesetzten Innenorganisator wurden schwere Bedenken geäußert.

Dr. Stepski beantwortete diese Vorhaltungen mit einer Reihe von Gegenfragen.³⁰¹ Hierbei kam es beim Punkt der Zensurierung von Krediten durch den Geschäftsausschuß zur Auseinandersetzung mit dem Betriebsratsobmann.

c) Die allgemeine Geschäftsentwicklung

Am 12. Oktober 1918 hatte die provisorische Nationalversammlung die Staats- und Regierungsform Deutsch-Österreichs beschlossen, welches Gesetz von Renner, Seitz, Hauser und Dinghofer unterzeichnet wurde. Landeshauptmann Johann Nepomuk Hauser war seit der Beteiligung des Landes Oberösterreich (1920) Verwaltungsrat der Oberbank.³⁰² Mit dem

Zusammenbruch der Donaumonarchie hatte man in Oberösterreich und Salzburg im Gegensatz zu den Wiener Großbanken den Vorteil der territorialen Unversehrtheit, welcher Umstand im Hinblick auf den Kundenkreis zum Tragen kam, der nicht erst größtenteils wieder neu aufgebaut werden mußte.³⁰³ So konnte insbesondere in den Jahren 1928 bis 1929 ein gesteigertes Einlagenergebnis erzielt werden. In den Jahren 1925 bis 1927 war jedoch noch die Beschaffung von Auslandskrediten von großer Bedeutung. So wirkte die Oberbank insbesondere an der Aufbringung und Abwicklung der oberösterreichischen Landesanleihen in Zusammenarbeit mit New Yorker Banken mit. Zusammen mit der oberösterreichischen Landesregierung gelang es im November 1926 einen Kredit über eine Million Dollar aus London zustandezubringen. Leider gelang es nicht, an einer Salzburger Landesanleihe mitzuwirken.³⁰⁴

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1926 führte aus, daß die allgemeine Wirtschaftskrise auch in diesem Jahre noch nicht zum Stillstand gekommen und die Kapitaldecke für Österreich sehr knapp geworden sei. Erfreulicherweise hätte jedoch ein großer Teil der in der Wirtschaft fest verankerten Unternehmungen den notwendigen Besitzstand erhalten können.

„Als die Vertrauenskrise ihre höchsten Wellen schlug und eine gewisse Nervösität auch konservative Kreise erfaßte, wurde auch unser Institut durch zeitweise tendenziös verbreitete Gerüchte geschädigt. Aus diesem Grunde gab das Land Oberösterreich in jenem Zeitpunkte seine zielbewußte Intervention, die wir schon in dem Berichte zu unserer Golderöffnungsbilanz angedeutet hatten, offiziell bekannt.

Dieser Umstand und die im September des Berichtsjahres mit der Allgemeinen Österreichischen Bodencreditanstalt in Wien eingegangene Interessengemeinschaft haben neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet und wesentlich dazu beigetragen, daß das alte Vertrauen der Bevölkerung zum heimischen Institute noch mehr gefestigt wurde.“³⁰⁵

Am 19. 2. 1927 wurde der Oberbank die Berechtigung zur Führung des oberösterreichischen Landeswappens auf den Einlagebüchern verliehen. Der Geschäftsbericht dieses Jahres meldete eine leichte Besserung und eine nur vorübergehend unterbrochene Entspannung auf dem Geldmarkt. Der Ausblick in die Industrie sei günstiger, der Fremdenverkehr habe eine erfreuliche Besserung erfahren und in der Landwirtschaft seien eine gute Ernte und Rationalisierungsbemühungen zu verzeichnen. Es herrsche jedoch noch immer Kapitalmangel und absatzwirtschaftlich eine geringe Marktaufnahmefähigkeit, wobei noch dazu durch hohe Zollschränken der Export gedrosselt würde. Die Effektenposition stieg durch die Refundierungsanleihe und durch andere — für Kautionszwecke erworbene — festverzinsliche Wertpapiere.³⁰⁶ Zusammen mit einigen anderen Instituten

übernahm die Oberbank eine Million der 6,5prozentigen Refundierungsanleihe des Jahres 1927. Diese Anleihe wurde vom Bund aufgenommen, um die anlässlich der Liquidierung der Centralbank der deutschen Sparkassen entstandenen Aufwendungen abzudecken. Die Anleihenplatzierung am inländischen Markt war trotz der von der Regierung angeregten Effektenumsatzsteuer- und Konditionenermäßigung sehr schwierig.³⁰⁷ Der Beginn des Jahres 1928 hatte keine durchgreifende Besserung der Wirtschaftslage gebracht. Die seit langem geplante große Investitionsanleihe des Bundes und die davon erwartete Befruchtung des gesamten Wirtschaftslebens blieb aus. Durch die staatliche Investitionseinschränkung konnten weder die von der Industrie und dem Gewerbe erhofften Aufträge vergeben werden, noch wurde eine Erleichterung des Steuerdruckes gewährt. Der Geschäftsbericht des Jahres 1928 führte des weiteren aus, daß der Handel nach zwangsläufiger Ausscheidung der meisten Inflationsgründungen wieder zum soliden Vorkriegsgeschäft zurückgekehrt sei, was sich in der Abnahme der Insolvenzen zeige. Die Landwirtschaft verwende moderne, leistungsfähige Maschinen. Sie hätte zwar eine gute Ernte eingebracht, begegne jedoch sinkenden Weltmarktpreisen.

Der Geldmarkt war das ganze Jahr flüssig und wurde nur „durch das Anziehen des Zinssatzes in Amerika zeitweise in Mitleidenschaft gezogen“.³⁰⁸ Die Oberbank konnte daher im Rahmen einer planmäßigen Geschäftsausdehnung erhöhte Erträge erzielen. Während 1927 z. B. noch 4,8 Millionen Schilling Fremdbankmittel in Anspruch genommen werden mußten, schloß dieser Saldo 1928 mit einer Forderung von zwei Millionen Schilling. Die Spareinlagen hatten den Vorkriegsstand bereits wesentlich überschritten. Im Gegensatz zum Wiener Publikum, das Kassenscheine bevorzugte, legte man in Oberösterreich in viereinhalbprozentigen und fünfprozentigen Spareinlagen, in laufender Rechnung oder in sieben- bis achtprozentigen Goldpfandbriefen an. Dadurch ergab sich u. a. eine starke Ausweitung des Einlagengeschäftes, welche Steigerung 1927/28 z. B. 40 Prozent betrug. Diese anhaltende Spartätigkeit bei allen Instituten war jedoch nur ein bescheidener Anfang einer Kapitalbildung, da keine langfristig vergebaren Mittel vorhanden waren. Insbesondere der Emissionsweg war durch die andauernde Börsenstagnation verlegt.³⁰⁹

Mit Rücksicht auf die steigenden Zinssätze am Weltmarkt und insbesondere in New York wurden Kredite in Auslandswährung vielfach in Schilling umgewechselt, da dieser stabil geblieben war.

Da aber infolge dieser Stabilität auch im Ausland viele Abschlüsse in

Schilling-Währung bezahlt wurden, bot das Devisen- und Valutengeschäft bald keine Gewinnchancen mehr.³¹⁰

In diesen Jahren war eine gewisse volkswirtschaftliche Konsolidierung festzustellen. Die Oberbank meldete z. B. bezüglich ihrer Beteiligungen:

„Die Industrien, an welchen unser Institut durch Aktienbesitz beteiligt ist, insbesondere die Österreichische Brau-AG, die Elektrizitätswerke Stern & Hafferl Aktiengesellschaft, die oberösterreichische Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (Oweag) befinden sich in erfreulicher Entwicklung.“³¹¹

3. Die Oberbank in der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1937)

a) Der Weg in die Weltwirtschaftskrise

In den Jahren 1923 bis 1929 hatte sich das Kursniveau amerikanischer Aktien bei gleichbleibenden Warenpreisen um das Dreifache erhöht. Hierbei strömte auch viel europäisches Kapital an die New Yorker Börse, welcher Umstand die Geldknappheit in Europa verschärfte. Am 24. Oktober 1929 kam es plötzlich zu riesigen Verkaufsanträgen, die zu ungeheuren Kurseinbrüchen führten und am 29. 10. 1929 ihren Höhepunkt fanden. Der große Börsenkrach zerstörte mit einem Schlag den Glauben der Vereinigten Staaten an Prosperität und einen fortdauernden wirtschaftlichen Aufschwung. Der Schwarze Freitag war zwar nicht die Ursache, wurde aber zum auslösenden Moment der Weltwirtschaftskrise.³¹²

In Österreich war durch die Inflation und die Aufwertung der Vorkriegsschulden gegenüber dem Ausland eine sehr große Kapitalknappheit eingetreten, die beträchtliche — meist relativ kurzfristige — Auslandskredite notwendig machte, die von den Banken bevorzugt langfristig an jene Unternehmungen weitergegeben wurden, an denen sie größere Beteiligungen hielten. Bei der plötzlichen Zurückziehung solcher kurzfristigen Kredite im Zuge der Folgen des amerikanischen Börsenkrachs mußte die betreffende Notenbank eines Schuldnerlandes Devisen oder Gold bereitstellen. Mit der Zunahme solcher Rückzahlungen gesellte sich zur Kreditbremse nunmehr auch die Währungskrise.³¹³ Durch die überaus große Verflechtung der europäischen Kreditinstitute trat eine Kettenreaktion ein, bei der eine Bank die andere mitriß. „Das geschah im Jahre 1931 und die Kette riß an ihrem schwächsten Glied, nämlich in Österreich.“³¹⁴ Nach dem Zusammenbruch der Bodencreditanstalt (1929) war es zu deren Zwangsfusionierung mit der Creditanstalt für Handel und Gewerbe gekommen, die aber diese starke Belastung nicht verkraften konnte und 1931 ebenfalls zusammenbrach. Bis dahin wäre es niemand eingefallen, seine dortigen Einlagen zurückzuziehen. Unmittelbar danach

wurden auch den deutschen Banken von den ausländischen Gläubigern Kredite im Ausmaß von Hunderten Millionen Reichsmark gekündigt und das Mißtrauen kannte keine Grenzen mehr, denn was bei der Creditanstalt so unvorhergesehen geschehen war — so glaubte man —, könne auch bei jedem anderen Institut eintreten.³¹⁵ Der Geschäftsbericht der Oberbank schilderte die Situation folgend:

„Ausgelöst durch internationale Kreditkündigungen folgten Schlag auf Schlag Schließung der Börsen in verschiedenen Ländern, die Banken- und Wirtschaftskrise in Deutschland und schließlich der Sturz des englischen Pfundes mit seinen weitreichenden Konsequenzen. Ein Großteil der Währungen geriet ins Schwanken und die bekannten Verteidigungsmaßnahmen, wie Importeinschränkungen, zwangsweise Devisenbewirtschaftung, Ausgabendrosselung auf allen Linien verschärften den Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft mit seiner unmittelbaren Erscheinung der zunehmenden Arbeitslosigkeit.“³¹⁶

Die staatlichen Bemühungen der Folgejahre verlegten sich größtenteils auf das Gebiet der Währungspolitik und auf die Berücksichtigung der finanziellen Interessen der Auslandsgläubiger. Solcherart wurde eine stabile Währung durch eine kranke Wirtschaft erkaufte.³¹⁷ Da überdies die Banken infolge des Zusammenbruchs der größten Institute eine äußerst zurückhaltende Position in der Frage der Kreditgewährung einnahmen, wurde eine weitere Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise herbeigeführt, die in einer Absatzkrise und zunehmender Arbeitslosigkeit resultierte.

„Zunächst traten Absatzschwierigkeiten in Eisen- und Metall- sowie Textilindustrie auf, von wo sie sich rasch auf andere Wirtschaftszweige ausdehnten. Die daraus entstehende große Arbeitslosigkeit, Bankenzusammenbrüche und die Deroutierung der internationalen Märkte durch Hochschutz-Zölle, Kontingente, Währungsmanipulationen und Devisenkontrollen führten zu einer schnellen, kumulativen Steigerung der wirtschaftlichen Not, bis für Österreich, einem der Hauptbetroffenen, in den Jahren 1932/34 ein Tiefpunkt erreicht wurde.“³¹⁸

Obwohl die Weltwirtschaftskrise 1933 ihren Höhepunkt überschritten hatte und ein allgemeines Wettrüsten eine schwache internationale Konjunkturbelebung auslöste, war in Österreich hievon erst sehr spät etwas zu bemerken. Hiefür war die jahrelange konsequente Deflationspolitik der Regierung verantwortlich, die sich lieber mit einer hohen Arbeitslosigkeit belastete, als die mühsam errungene Währungsstabilität durch Kreditexpansion zu gefährden.³¹⁹

„Erst 1937 vermochte die Wirtschaftspolitik des autoritären Ständestaates merkbare Anzeichen einer schwachen Besserung für sich als Erfolg zu verbuchen. So sank zum Beispiel die Arbeitslosigkeit von 259.000 auf 233.000, was aber weiterhin noch Arbeitslosigkeit für 22 % aller Arbeitnehmer bedeutete.“³²⁰

Vergleicht man die Entwicklung des österreichischen Volkseinkommens zu Faktorpreisen seit dem Jahre 1913, so ergibt sich, daß bis zum Jahre 1937 noch nicht einmal der Vorkriegsstand wiedererreicht worden war.³²¹

b) Die Fusion der beiden Creditanstalten und der Geschäftsvertrag der Oberbank mit der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (1929)

Die Bodencreditanstalt stützte vor allem drei industrielle Unternehmungen: die Textilwerke Mautner-AG, Prag-Smichov, die Vereinigte Fanto-Petroleum-AG und die Steyr-Werke-AG. Da ihr große Beträge an Auslandskrediten gekündigt wurden, führten ihre diesbezüglichen Verpflichtungen liquiditätsmäßig bald an die Grenze ihrer Möglichkeiten.³²² So mußte das Nationalbankdirektorium der Leitung des Instituts mitteilen, daß es ihr ab 30. 9. 1929 nicht mehr möglich sein würde, weitere Kredite zur Verfügung zu stellen. Da eine Liquidation in Anbetracht der finanziellen Verpflichtungen nicht möglich war, wurden nach ergebnislos verlaufenen Fusionsverhandlungen mit dem Wiener Bankverein solche mit der Creditanstalt aufgenommen. Die Fusion wurde in ihren Hauptbedingungen innerhalb eines Wochenendes ausgehandelt. Die Bodencreditanstalt ging in die Creditanstalt für Handel und Gewerbe auf, die somit ein Aktienkapital von 85 Millionen Schilling erhielt, das in der außerordentlichen Generalversammlung vom 14. 11. 1929 auf 125 Millionen Schilling erhöht wurde.³²³

Mit der Übernahme des Oberbankaktienpaketes durch die Creditanstalt änderte sich für die Oberbank ihre Wiener Geschäftsverbindung.

Am 24. 10. 1929 schrieb sie, daß das bisherige Freundschaftsverhältnis mit der Bodencreditanstalt nun von einem solchen mit der Creditanstalt für Handel und Gewerbe abgelöst werden würde.

„Unsere vorerwähnten Abmachungen mit der Allgemeinen Österreichischen Bodencreditanstalt standen vor dem Ablaufe und sollten bei Erneuerung mit Rücksicht auf die inzwischen wesentlich geänderten Verhältnisse jedenfalls einer durchgreifenden Revision unterzogen werden. Unser Institut war ja bekanntlich im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses auf eine Intervention des Landes Oberösterreich zum Zwecke einer durchgreifenden Reorganisation angewiesen, hat aber dank dieser nicht nur seine volle Selbständigkeit behauptet, sondern seither eine so günstige Entwicklung genommen, daß heute, wie gesagt, wesentlich geänderte Voraussetzungen vorliegen.“³²⁴

Aus diesem Grund müsse man die Verträge den geänderten Bedingungen anpassen:

„Die sofortige grundlegende Neugestaltung der Verträge ist auch deshalb unerlässlich, weil Ihre Anstalt zum Unterschiede von der Allgemeinen Österreichischen Bodencreditanstalt in unserem Interessensgebiete und zwar in den Landeshauptstädten Linz und Salzburg bedeutende Filialen unterhält.“³²⁵

Der Geschäftsvertrag zwischen den beiden Instituten sah vor, sich gegenseitig als Zahlstellen anzuführen und an Orten, an denen Niederlassungen eines der beiden Institute vertreten waren, sich derer wechselseitig und ausschließlich zu bedienen.³²⁶

Die Oberbank erhielt einen Wechselcomptekredit auf Grund von Kommerz- und Finanzpapieren bis zu fünf Millionen Schilling. An den Auslandsplätzen wurden Postlaufkredite eingeräumt. Man vereinbarte weiters, daß man sich gegenseitig über alle wichtigen Vorkommnisse im Bank- und Börsenwesen informieren und die Creditanstalt in ein Oberbankmajoritäts-Syndikat eintreten würde. Der bisherige Syndikatsvertrag vom 28. 6. 1926 wurde vorzeitig aufgelöst und ein neuer Vertrag bis Ende 1934 geschlossen. Die Syndikatsleitung bestand aus einem Vertreter des Landes Oberösterreich, der Creditanstalt und Oberbankpräsident Doktor Richard Stepski.³²⁷

c) Präsidium und Unternehmensleitung

Als Dr. Stepski nach den Wirren der Inflationszeit Präsident der Oberbank wurde, leitete er zunächst eine gründliche Untersuchung des Status der Oberbank ein und drückte dem Institut den Geist einer neuen Organisation auf. Er blieb bis zum Anschluß in seiner Funktion als Präsident der Oberbank und führte diese auch durch die Weltwirtschaftskrise. Im Geschäftsbericht des Jahres 1929 wurde er u. a. als Präsident der Österreichischen Kraftwerke-AG, als Präsident des Verbandes der Österreichischen Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie und als Vorstand der Nettingsdorfer Papierfabriks-AG bezeichnet. Im Geschäftsbericht des Jahres 1930 schien er als Vizepräsident der oberösterreichischen Handelskammer auf.

Der Mollner Industrielle Christoph Piesslinger war Präsident des O.Ö. Industriellenverbandes, Vizepräsident des Hauptverbandes der Industriellen Österreichs, Mitglied der Verwaltungskommission der Österreichischen Bundesbahnen und Oeka-Verwaltungsrat. Er stand bis zu seinem Tod im April 1933 Dr. Stepski als Vizepräsident zur Seite.³²⁸ Mit seiner Position kam die Verbundenheit der Oberbank bzw. ihrer Vorgängerfirma mit den oberösterreichischen Sensengewerken seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zum Ausdruck.

Nach dem Tod Ch. Piesslingers wurde 1933 Dr. Josef Joham Vizepräsident der Oberbank. Er war jahrzehntelanger Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein, Generalrat der Österreichischen Nationalbank, Mitglied der Bundeswirtschaftskammer und Präsident des Verbandes Österreichischer Banken und Bankiers.

Nachdem Josef Splechtna 1933 von der Geschäftsführung in den Verwaltungsrat übertrat, wurde Direktor Josef Glaninger sein Nachfolger. Dieser war bis dahin Direktor der Hauptbank für Tirol und Vorarlberg, bekleidete u. a. Handelskammerfunktionen und wurde ab 1935 zugleich Mitglied des Oberbankverwaltungsrates.³²⁹

d) Im Schatten der Creditanstalt

aa) Die Entwicklung der Jahre 1929 bis 1937 im Zahlenvergleich

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung des Geschäftsumfanges in den Jahren 1929 bis 1937:

Entwicklung der Bilanzsumme der Jahre 1929 bis 1937
(in Prozenten des Wertes des Jahres 1925)³³⁰

1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
91,7	100,5	78,7	72,3	59,8	55,5	60,8	61,7	65,2

Hieraus ist der erste Rückschlag des Bankgeschäftes während des Jahres 1929 festzustellen, der 1930 wieder wettgemacht wurde. Mit dem Jahr 1931 ergab sich ein sprunghaftes Absinken um mehr als 20 Prozent, das in der Folge zum Tiefpunkt dieser Entwicklung im Jahre 1934 führte. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Bilanzsumme um ca. 45 Prozent des Ausgangswertes verringert. Von da an ergab sich wiederum eine Aufwärtsbewegung um insgesamt ca. 10 Prozent bis zum Jahre 1937.

Während in den Jahren 1929 bis 1931 eine leichte Erhöhung der Gehaltsaufwendungen zu verzeichnen war, fanden ab dem Jahre 1931 laufend sehr starke Verringerungen statt. Nimmt man den diesbezüglichen Wert des Jahres 1925 als Ausgangsbasis, so ergibt sich folgendes Bild:

Entwicklung der Gehaltsaufwendungen in den Jahren 1929 bis 1937
(in Prozent des Wertes des Jahres 1925)³³¹

1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
93,4	97,4	98,1	90,8	82,9	59,9	56,3	52,7	55,2

Fast während der ganzen Zeit der Weltwirtschaftskrise war ein ständiger Rückgang des relativen Anteils der Kontokorrenteinlagen zugunsten der Spareinlagen zu verzeichnen:

Prozentueller Anteil der Spar- (SE) und Kontokorrenteinlagen (KE) an der Bilanzsumme der Oberbank während der Jahre 1929 bis 1937³³²

	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
SE	30,4	32,4	33,9	35,0	41,5	45,5	48,6	46,1	45,2
KE	64,2	62,4	59,5	58,8	51,0	46,4	43,9	46,5	47,5

In absoluten Zahlen fand jedoch in beiden Fällen eine starke Kontraktion statt.

Bei rigoroser Beurteilung ihrer Einbringlichkeit wurden die Debitoren 1932 folgend bewertet:

Bewertung der Debitoren nach der Bonität und voraussichtlichen Debitsätzen für das Jahr 1932³³³

Betrag in Mio. S	Bewertung	Zinssatz in %
17,3	einwandfrei	9
14,1	derzeit immobilisiert	5
5,3	dubios	0

Die Debitoren und Kreditoren verteilten sich Ende 1934 auf folgende — für die Oberbank bedeutende — Wirtschaftszweige:

Debitoren und Kreditoren nach Wirtschaftszweigen per Ende 1934³³⁴

Debitoren:		Kreditoren:	
Gastgewerbe	17,5 %	Öffentliche Körperschaften	24,6 %
Lebens- und Genußmittel	7,8 %	Geldinstitute	18,5 %
Brauereien	7,1 %	Private	10,5 %
Baugewerbe	6,7 %	Lebens- und Genußmittel	9,4 %
Holzverarbeitung	6,8 %	Diverse Branchen	37,0 %
Papierfabriken	6,2 %		
Diverse Branchen	47,9 %		
	<u>100,0 %</u>		<u>100,0 %</u>

bb) Das Krisenmanagement im Zeichen der „Rekonstruktion“ (1933)

Obwohl bereits 1928 bis 1929 eine Verringerung der Bilanzsumme um 8,5 Prozent eingetreten war, stieg der relative Anteil der Kassenbestände an der Bilanzsumme der Jahre 1929 bis 1931 ständig (4,1 Prozent, 5,0 Prozent, 5,8 Prozent).³³⁵ Teilweise versuchte man die verfügbaren Kapitalien zu schonen, indem man statt Krediten Haftungsgarantien gewährte.³³⁶ Darüber hinaus war man insbesondere 1930 bis 1931 bestrebt, Großkredite für einige größere Unternehmen und Gemeinden aus dem Ausland hereinzubekommen.³³⁷ Diese liquiditätsfördernden Maßnahmen erlitten jedoch einen schweren Rückschlag, als durch den Zusammenbruch der Boden-

creditanstalt (1929) und der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (1931) der Oberbank ca. 20 Millionen Schilling an verfügbaren Geldern entzogen wurden. Zur Zeit der Katastrophe der Creditanstalt wurde von Dr. Stepski daher

- a) sofort größtmögliche Krediteinschränkung und später eine völlige Kreditsperre verfügt.³³⁸
- b) Im Oktober 1931 wurde unter der Leitung von Verwaltungsrat Doktor Meindl ein planmäßiger Debitorenabbau durchgeführt.³³⁹

Der Revisionsbericht des Jahres 1932 ergab jedoch eine weitere Verschlechterung der Bonität der Debitoren:

„Für die Überwachung der Debitoren und Eintreibung der Forderungen ist das denkbar möglichste geschehen, doch sind bei der landwirtschaftlichen, insbesondere bei der Holzindustrie die Verhältnisse derart, daß eine Eintreibung nur durch exekutive Realisierung der von der Bank hypothezierten Liegenschaften möglich wäre, doch begegnet jede Exekutionshandlung passivem Widerstand.“³⁴⁰

- c) Des weiteren wurde eine starke Einschränkung des Wechselgeschäftes vorgenommen. 1934 meldete man hierzu:

„Wir bemerken, daß wir bereits seit Beginn des Jahres 1934 kein Obligo aus begebenen Wechseln unterhalten.“³⁴¹

- d) Abgesehen von dieser Einschränkung des Aktivgeschäftes trennte man sich 1931 auch von den bedeutendsten der dauernden Beteiligungen.³⁴²

Trotz dieser Maßnahmen mußte zu dieser Zeit nicht nur bei der mit staatlicher Hilfe sanierten Creditanstalt, sondern auch bei der Nationalbank der Höchstkreditrahmen in Anspruch genommen werden, aus welchem Grund auch der letzteren voller Einblick in die Verhältnisse des Instituts gewährt werden mußte.³⁴³ Trotzdem wurden seitens der Creditanstalt die langfristigen Aussichten der Oberbank sehr positiv beurteilt:

„Es steht außer Frage, daß die Bank ein gutes laufendes Geschäft hat und lediglich Mittel und Wege gefunden werden müssen, um das Institut über die krisenhafte Zeit hinwegzubringen. Das Geschäft der Bank wurzelt überwiegend auf dem flachen Lande, so daß die Filialen trotz ihrer Kosten eine Notwendigkeit darstellen.“³⁴⁴

Die Neubewertung sämtlicher Bilanzpositionen ergab jedoch 1932 eine Situation, der man durch Aktienkapitalreduzierung und -wiederaufstockung begegnen mußte. Der Geschäftsbericht des Jahres 1932 führte hierzu am 29. Juni 1933 aus:

„Wir erlauben uns zu beantragen:

1. Die unserem Institute zur Verfügung stehenden 140.000 eigenen Aktien zu je S 10.— Nennwert einzuziehen und zu vernichten, wodurch unser Aktienkapital von Nominale S 2.000.000.— auf Nominale S 600.000.—, zerlegt in 60.000 Aktien zu je S 10.— Nennwert, herabgesetzt wird.

2. Die sohin verbleibenden 60.000 Aktien im Verhältnis 4:1 zusammenzulegen und damit unser Aktienkapital von Nominale S 600.000.— auf Nominale S 150.000.— zu vermindern.
3. Das auf diese Weise zusammengelegte Aktienkapital von S 150.000.— Nominale durch Ausgabe von 235.000 neuen, voll und bar eingezahlten, auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrage von je S 10.— auf Nominale S 2.500.000.— zu erhöhen.“³⁴⁵

Einem Brief Landeshauptmann Dr. Josef Schlegels an Direktor-Stellvertreter Dr. Friedl von der Creditanstalt ist zu entnehmen, daß die Grundlagen der sogenannten „Rekonstruktion“ zwischen der Creditanstalt, der Oberbank und dem Land Oberösterreich in einer Konferenz beim Bundeskanzler ausgehandelt wurden. Die Nationalbank vertrete nun den Standpunkt, daß der Rest von S 150.000.— des ursprünglichen Aktienkapitals nicht in das neue Aktienkapital einzurechnen sei. Das Land hätte daher die Erklärung abgegeben, statt der vereinbarten S 600.000.— S 750.000.— zu zeichnen. Da nun ohnehin die Bayerische Vereinsbank die Zeichnung von S 100.000.— zugesagt habe, würde das Land nur mehr die Differenz von S 50.000.— zu übernehmen haben.³⁴⁶ Die Creditanstalt übernahm den Großteil der neuen Aktien.³⁴⁷ In der Festschrift der Creditanstalt zum hundertjährigen Jubiläum wurde hiezu ausgeführt:

„Auch die Beziehungen zwischen der Creditanstalt und den ihr nahestehenden größeren Provinzbanken wurden auf neue und entwicklungsfähige Grundlagen gestellt. In diesen Jahren erwarb die Creditanstalt die qualifizierte Mehrheit der Hauptbank für Tirol und Vorarlberg — Tiroler Landesbank, Innsbruck, deren personelle und geschäftliche Verhältnisse neugeregelt wurden. Das gleiche galt für die Bank für Oberösterreich und Salzburg.“³⁴⁸

Der Revisionsbericht des Industrieinspektorates der Creditanstalt für das Jahr 1933 wies einen Verlust aus.³⁴⁹ An gleicher Stelle wurde weiters ausgeführt, daß das Aktienkapital von 2,5 Millionen Schilling noch intakt, jedoch die Verlustreserve, die der Oberbank gelegentlich der Rekonstruktion geschaffen wurde, gebunden bzw. bereits konsumiert sei. Die Verschlechterung gegenüber dem 30. 6. 1933 hätte sich auf Grund der Beurteilung einiger größerer Engagements im Effektingeschäft und bezüglich der Abfertigungen des am 31. 3. 1933 durchgeführten Personalabbaues ergeben. Nach Eintritt der vollen Wirkung des letzteren würde man pro Jahr ca. S 500.000.— einsparen können.³⁵⁰

Das Effektingeschäft des Jahres 1933 brachte das erfreuliche Ergebnis, daß die Oberbank beim Absatz der vierprozentigen österreichischen Trefferanleihe von allen Linzer Banken das beste Zeichnungsergebnis aufweisen konnte (2,43 von 8,23 Mio. Schilling).³⁵¹ Einige größere Beteiligungen wurden abgestoßen. Hierbei handelte es sich um 1000 Stück Klein-

münchener Baumwollspinnerei-Aktien für S 325.000.—, 5300 Stück Österreichische-Brau-AG-Aktien für S 318.000.— und 15.600 Stück Oeka-Aktien für S 468.000.—.³⁵²

Besonders starke Verluste verursachte das Darniederliegen der Badgasteiner Hotellerie, in der die Oberbank durch vielfache Kredite und Beteiligungen engagiert war.³⁵³ Bei der fast lebensnotwendigen Bedeutung, die die Oberbank insbesondere in den Jahren der Weltwirtschaftskrise für viele Zweige der heimischen Wirtschaft hatte, waren Verluste kaum zu vermeiden, wenn sie ihrer Funktion gerecht werden wollte. Andererseits ergab sich gerade durch diese eine teilweise Minderung des in sie gesetzten Vertrauens.³⁵⁴ Trotz der Bilanzsummenausweitung des Jahres 1935 um ca. drei Millionen Schilling war per Jahresende 1935 eine weitere Verschlechterung eingetreten.³⁵⁵ Diese konnte allerdings 1936 u. a. auf Grund der Verbesserung der Situation bei den dubiosen Debitoren und der Kurssteigerung des Effektenportefeuilles wieder wettgemacht werden.³⁵⁶ Trotzdem fanden nach dem Bekanntwerden des Phönixzusammenbruches Angstabhebungen statt.³⁵⁷ Ende 1937 wurde eine neuerliche Aktienkapitalerhöhung vorgenommen:

„Zur Stärkung unserer Eigenmittel beantragen wir eine Vermehrung des Aktienkapitales von S 2.500.000.— auf S 4.000.000.— durch Ausgabe von 15.000 bar und voll eingezahlten, auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennwert von je S 100.—. Die Übernahme der gesamten neuen Emission durch unsere Großaktionäre ist bereits gesichert.“³⁵⁸

In einem Rundschreiben Direktor Glaningers vom Mai 1938 führte dieser u. a. aus, daß der Anteil der Personalaufwendungen an den Gesamtaufwendungen der Oberbank — verglichen mit anderen Instituten — immer noch sehr hoch sei.³⁵⁹

cc) Die Personalpolitik der Bankentlastungs- und Bankpensionsverordnung

Anfang 1932 mußten sich die Angestelltenvertreter zu einer Gehalts- und Pensionskürzung bereit erklären. Die erstere erfolgte durch Gehaltsabzug nach folgender Staffelung:³⁶⁰

Jahreseinkommen	Prozentsatz	betroffene Personen
4,0 — 5,0	1,5	28
5,0 — 5,5	1,5	9
5,5 — 6,0	3,0	4
6,0 — 8,0	3,3	82

8,0 — 9,0	3,5	26
9,0 — 10,0	4,0	7
10,0 — 11,0	5,0	11
11,0 — 12,0	5,5	6
12,0 — 13,0	6,0	5
über 13,0	6,3	3

Nach dem Kollektivvertrag vom 24. 2. 1932 war diese Regelung bis 28. 2. 1933 gültig. Mit Erlassung der Bankenentlastungsverordnung des Jahres 1933 erloschen am 31. 3. 1933 sämtliche Dienstverhältnisse bei Bankaktiengesellschaften und wurden auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt, die insbesondere die Abfertigungsfrage im Fall einer Entlassung betraf:

„Personen, deren Dienstverhältnisse gemäß Absatz 1 erlöschen, können an Schadenersatz wegen vorzeitiger Lösung und an sonstigen Leistungen aus dem Dienstverhältnis einschließlich allfälliger Ruhe- und Versorgungsgenüsse insgesamt keine höheren, als die im § 6, Absatz 1 und 2 des Geldinstitutezentrale-gesetzes vorgesehenen Ansprüche geltend machen.“³⁶¹

Paragraph 6 des obigen Gesetzes sah u. a. folgende Abfertigungsregelung vor:

Abfertigungsregelung auf Grund der Bankentlastungsverordnung 1933³⁶²

bis 5 Jahre Dienstzeit	1 Jahresbezug,	maximal S 2.500.—
5 bis 10 Jahre Dienstzeit	2 Jahresbezüge,	maximal S 5.000.—
10 bis 20 Jahre Dienstzeit	3 Jahresbezüge,	maximal S 7.500.—
ab 20 Jahre Dienstzeit	4 Jahresbezüge,	maximal S 10.000.—

Nach einem Personalabbau von 154 Personen per 31. 3. 1933 bestand die Belegschaft noch aus insgesamt 197 Personen, wobei von den Beamten 69 in der Zentrale und 74 in den Filialen arbeiteten.³⁶³

Mit Inkrafttreten der Bankpensionsverordnung vom 1. 8. 1933, Bundesgesetzblatt Nr. 377, wurde auf der Grundlage der am 31. 3. 1933 bestehenden Altpensionen auch eine Pensionskürzung vorgenommen:

Skizzierung der Bankpensionsregelung auf Grund der Bankpensionsverordnung vom 1. 8. 1933 (Abzug in Prozenten)³⁶⁴

	ledig	verheiratet, ohne Kind / verheiratet, ein Kind
bis 15 Dienstjahre	35	33
•	•	•
•	•	•
ab 40 Dienstjahre	20	18

In den Jahren 1933 bis 1935 fanden viele sogenannte „Pensionistenprozesse“ statt, in denen es um die Pensionsabfertigungshöhe ging.³⁶⁵

Die Aufgabe der Bankentlastungs- und -pensionsverordnung lag darin, die Banken durch Einsparungen auf dem Personalsektor finanziell zu entlasten. Die Gesundung der Banken war verständlicherweise von überaus großer volkswirtschaftlicher Bedeutung.³⁶⁶

Während der österreichische Bankbeamte bereits lange vor dem ersten Weltkrieg ein sehr gut bezahlter Fixangestellter war und ab 1920 durch die Vereinheitlichung der de facto schon lange bestehenden günstigen Dienstvorschriften durch die Dienstpragmatik besonders geschützt war, wurde nun eine entscheidende Beschneidung seiner bisherigen Position vorgenommen.³⁶⁷ Die Reaktionen der Bankbeamtenschaft waren erbittert. Unter anderem kam es in Linz im April 1933 zu einer Auseinandersetzung wegen der geplanten Verlängerung der Schalterstunden. Die Vertrauenspersonen-Versammlung der Ortsgruppe Linz des Reichsvereins der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs wies darauf hin, daß — wie der Bundeskanzler mehrmals betont habe — die Bankentlastung keineswegs eine Entrechtung der Bankangestelltenschaft bedeuten, sondern nur den Weg zu neuen Kollektivverträgen freimachen solle. Die Banken würden die Bankentlastungsverordnung nun dazu benutzen, um im Wege eines Diktates — ohne Fühlungnahme mit den Angestelltenvertretern — eine Verlängerung der Arbeitszeit anzuordnen.³⁶⁸

Die innerbetriebliche Situation war auf Grund solcher Auseinandersetzungen äußerst gespannt. Im Direktionsrundschreiben Nr. 16 vom 17. 10. 1933 wurde die Belegschaft darüber informiert, daß man in einem Schreiben an den Betriebsrat zugesagt habe, zu einem bestimmten Datum schwebende Personalfragen gütlich regeln zu wollen:

„Trotz dieser Mitteilung haben Sie in einer Samstag nachmittags einberufenen Institutsversammlung den Beschluß der Angestellten provoziert, am Montag, den 16. ds., zum Zeichen des Protestes die Arbeitsräume der Bank nach Arbeitsschluß nicht zu verlassen und damit einen sogenannten ‚Bergarbeiterstreik‘ zu inszenieren.“³⁶⁹

Man kündigte an, daß man mit schärfsten Mitteln gegen alle Beteiligten vorgehen werde und sich der Betriebsrat seiner diesbezüglichen Verantwortung bewußt sein solle.³⁷⁰

Während die Personalaufwendungen in den Jahren 1929 bis 1937 um fast 50 Prozent abnahmen, war auch das Ausmaß individueller Gehaltskürzungen erheblich:

Entwicklung des Jahresnettogehaltenes eines Zentraleprokuristen in den Jahren 1931 — 1936 (in 1000)³⁷¹

1931	1932	1935	1936
12.3	11.1	9.2	8.8

dd) Die Entwicklung des Filialnetzes unter besonderer Berücksichtigung der Oberbank für die heimische Fremdenverkehrs-, Salz- und Elektrizitätswirtschaft

Wie die folgende Aufstellung zeigt, lag die Stärke der Oberbank im Vergleich zu anderen Banken in ihren als „Saugarme“ dienenden Filialen, durch die sie eine sehr große Breitenwirkung erzielen konnte:

Kennzahlenvergleich mit der Steiermärkischen Escomptebank vom Mai 1932 (in 1000 S)³⁷²

		Escomptebank Oberbank	
Spareinlagen Zentrale		3003	3185
Spareinlagen Filialen		1501	11.875
Ertrag an Effekten, Valuten, Devisen	Zentrale	184	201
Ertrag an Effekten, Valuten, Devisen	Filialen	92	312
Ertrag an Zinsen und Provisionen	Zentrale	967	1050
Ertrag an Zinsen und Provisionen	Filialen	488	1501

Viele — insbesondere kleinere — Filialen wurden aus Gründen einer größeren Flexibilität in gemieteten Lokalen betrieben. Die größeren Niederlassungen waren jedoch in der Regel in eigenen Bankgebäuden untergebracht, in denen meist auch die Belegschaft wohnte.

Die Belegschaftszahlen größerer Niederlassungen hatten für das Jahr 1932 folgendes Aussehen:³⁷³

Personalstandsvergleich größerer Niederlassungen für das Jahr 1932

Salzburg	23	Ried	6	Schärding	4
Wels	11	Badgastein	6	Amstetten	4
Bad Ischl	10	Expositur Urfahr	5	Expositur Land-	
Gmunden	8	Vöcklabruck	5	straße	4
Steyr	7			Mattighofen	4

Die folgende Aufstellung zeigt, daß die großen Niederlassungen höhere Ausleihungen als Einlagen hatten (1933), welcher Abgang aus den einlageintensiveren sonstigen Filialen gedeckt wurde.

Debitoren und Kreditoren nach größeren Niederlassungen per
31. 7. 1933 (in Mio. S)³⁷⁴

Debitoren:		Kreditoren:	
Zentrale	13,6	Zentrale	9,7
Badgastein	5,1	Salzburg	3,2
Wels	4,5	Wels	3,0
Salzburg	4,0	Bad Ischl	2,1
		Ried	1,9

Eine Übersicht über Veränderungen des Filialnetzes ergibt für den Zeitraum von 1928 bis 1937, daß in den Jahren 1932/1933 die Filialen Bad Hall und Hofgastein und die Zahlstellen Bad Aussee, Badgastein-Kaiserpromenade, Strobl und St. Gilgen aufgelassen wurden. Die Zahlstelle Schwanenstadt wurde 1932 in eine Filiale umgewandelt.

Die Zahlstelle Salzburg-Am Platzl wurde bereits 1930 und die Filiale Schärding erst 1934 aufgelassen. Die Geschäfte der Filialen Gmunden und Bad Ischl wurden vorübergehend vereint. 1932 wurde die Expositur Linz-Landstraße in das Ecklokal Landstraße-Mozartstraße verlegt.³⁷⁵

Gewinnvergleich größerer Niederlassungen für den Zeitraum
1929 — 1937 (in 1000 S)³⁷⁶

Filiale:	1929	1930	1933	1935	1936	1937
Wels	133	138	7	51	58	11
Badgastein	82	87	—162	—297	4	17
Gmunden	25	45	18	.	.	10
Ried	22	29	4	—3	20	33
Steyr	19	52	—26	—13	1	7
Vöcklabruck	14	20	2	2	—2	5
Schärding	4	7	—	—	—	—
Amstetten	3	28	12	11	16	22
Bad Ischl ³⁷⁷	—32	42	—67	—3	—15	.
Salzburg	—44	12	—8	29	53	90

Ein Kennzahlenvergleich der Zweiganstalt Salzburg mit der Filiale Wels zeigt folgendes Bild:

Kennzahlenvergleich der Filiale Wels mit der Zweiganstalt
Salzburg für die Jahre 1928 — 1930³⁷⁸

Positionen	Wels	Salzburg	Datum
Einlagen	2,350.000 S	1,480.000 S	24. 3. 1930
Zentralregie	100.000 S	130.000 S	31. 12. 1929

Reingewinn	85.000 S	29.000 S	31. 12. 1928
Reingewinn	133.000 S	—44.000 S	31. 12. 1929
Geschäftsumfang	11,570.000 S	10,300.000 S	31. 12. 1929
Konti	421	700	31. 12. 1929
Angestellte	11	25	31. 12. 1929

Wie die Aufstellung über die Verteilung der Debitoren per Ende 1934 zeigte, war das heimische Gastgewerbe mit 17,5 Prozent jener Wirtschaftszweig, der von der Oberbank am meisten gestützt wurde. Verständlicherweise litt die Fremdenverkehrswirtschaft unter der Weltwirtschaftskrise noch mehr als andere Branchen. So war der überaus große Verlust der Filiale Badgastein für die Jahre 1933 bis 1935 auf die äußerst schlechte Lage der dortigen Hotellerie zurückzuführen, die sich aus dem starken Rückgang des Fremdenverkehrs ergab, für den das Devisen- und Valutengeschäft ein gewisser Gradmesser war:

Devisen- und Valutenumsätze der Filiale Badgastein in den
Jahren 1929 — 1935 (in Mio. S) ³⁷⁹

1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
5,25	5,13	0,36	0,46	0,80	0,73	1,15

Die Oberbank hatte in vielen gastgewerblichen Betrieben dieses Ortes Engagements und hielt auch eine fünfprozentige Beteiligung an der Gasteiner Hotel- und Kuranstalten-GmbH, die die Hotels „Kaiserhof“, „Habsburgerhof“ und „Kaiser-Friedrichs-Laube“ besaß. Die beiden Hauptbeteiligten waren die Mitteleuropäische Reisebüro-GmbH und die Deutsche Treuhand-AG, beide in Berlin.³⁸⁰

Ab 1935 war eine Verbesserung der Filialergebnisse festzustellen. Dieser Erfolg ergab sich in Amstetten durch Geschäftsausweitung, in Ried durch Spesenersparnis infolge der Zusammenlegung mit Schärding, in Salzburg durch Personaleinsparungen und Provisionssteigerungen und in Wels durch höhere Zinsen und größere Effekten- und Devisengewinne.³⁸¹

Wie aus Briefen der Filiale Bad Ischl hervorgeht, setzte die Oberbank die Tradition ihrer Vorgängerfirma fort, indem sie sich mit ca. 50 Prozent an einer Ebenseer Salzhandelsfirma beteiligte. Diese konnte z. B. den Absatz des Jahres 1925 auf ca. 1800 Waggons steigern, was ca. einem Drittel des österreichischen Gesamtbedarfes entsprach.³⁸² Aus einer Haftungsurkunde vom Jänner 1928 war ersichtlich, daß dieser Firma seitens der Generaldirektion der Österreichischen Salinen der Salzbezug zum allgemeinen Tarifpreis bis zum Betrage von einer Million Schilling per

drei Monate Ziel gestattet wurde. Der obige Betrag teilte sich auf die Salinen Ebensee, Bad Aussee und Hallein ca. wie 8 : 1 : 1 auf. Die Oberbank haftete hierfür samt 12 Prozent Verzugszinsen als Bürge und Zahler, solange nicht alle ärarischen Ansprüche aus den Lieferungen vollständig befriedigt waren.³⁸³

Die Beziehungen der Oberbank zur heimischen Elektrizitätswirtschaft waren von jeher sehr intensiv. So wirkte sie an der Gründung der Gmundner Firma Stern & Hafferl im Jahre 1906 mit. Diese enge Verbindung kam auch in dem Umstand zum Ausdruck, daß der Präsident der Oberbank Generaldirektor von Stern & Hafferl war.

Das Jahr 1929 brachte die insbesondere für Oberösterreich wichtige Fusion zwischen dieser Gesellschaft und der OÖ. Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG (Oweag). Diese Fusion wurde von der Leitung des Majoritätssyndikates der ersteren und des Übernahmesyndikates der letzteren Gesellschaft beschlossen. Zur Fusionsdurchführung nahm die Oweag eine Kapitalsvermehrung um mehr als 18 Millionen Schilling vor, um damit das Vermögen von Stern & Hafferl erwerben zu können und änderte ihren Namen in Österreichische Kraftwerke AG (Oeka). Das Aktien-tauschverhältnis sollte 18 bis 18,5 Oweag-Aktien für zehn Stern & Hafferl-Aktien betragen.³⁸⁴

Der Zusammenschluß des ältesten Elektrizitätswerkes Österreichs — Stern & Hafferl —, dessen finanzielle Gestion die Oberbank als Mitbegründer bis dahin fast ausschließlich geführt hatte — mit der Oweag — hatte das größte private Stromerzeugungsunternehmen Österreichs geschaffen, an welchem die Oberbank eine namhafte Beteiligung hielt. Das Verteilernetz der neuen Gesellschaft erstreckte sich nicht nur auf Oberösterreich und Salzburg, sondern auch auf Teile der Steiermark.³⁸⁵

Verwendete Abkürzungen

böhm.	böhmisch
ds.	dieses
GB	Geschäftsbericht
ital.	italienisch
NÖ.	Niederösterreich
OA	Oberbankarchiv
orient.	orientalisch
sbg.	salzburgisch
sen.	senior
s. z.	seinerzeit
ungar.	ungarisch
v. J	vorigen Jahres

Anmerkungen

- ¹ Joseph A. Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse* 1, Grundriß der Sozialwissenschaften 6, Göttingen 1965, S. 43 f.
- ² LR, B I B 2/4073.
- ³ Karl Planck von Planckburg, *Die Planck von Planckburg und die Scheibenpögen — ein Beitrag zur Geschichte der Stadt Linz*, in: *Gestalter und Gestalten. Schriftenreihe Erbe und Sendung*, Linz 1943, S. 37 f. — Vgl. auch Ernst Neweklowsky, *Die Linzer Schiffmeisterfamilie Scheibenpögen*, in *Hist. JbL* 1959, Linz 1959, S. 200.
- ⁴ Georg Grüll, *Das Linzer Bürgermeisterbuch*, 2. Aufl., Linz 1959, S. 98, Planck, a. a. O., S. 38.
- ⁵ LR, B I B 2/4074-4081, — vgl. auch Neweklowsky, a. a. O., S. 212 ff.
- ⁶ Planck, a. a. O., S. 40 ff. — Vgl. auch Hanns Kreczi, *Linzer Häuserchronik*, Linz 1941, sowie: *Alt-Linzer-Häuserbesitz der Bank für Oberösterreich und Salzburg*, Oberbank-Archiv, Linz, (OA), S. 3.
- ⁷ Planck, a. a. O., S. 52 ff.
- ⁸ Erich Maria Meixner, *Wirtschaftsgeschichte des Landes Oberösterreich* 2, Linz 1952, S. 46 f.
- ⁹ Seit dem Mittelalter fanden zur Osterzeit und um Bartholomäi die Linzer Jahrmärkte statt und begründeten den Ruf von Linz als bedeutender Handelsstadt. Händler und Bürger zählten zum engen Kreis vollberechtigter Bürger und beherrschten die Stadtverwaltung. Da die Jahrmärkte am Hauptplatz stattfanden, ging das allgemeine Streben dahin, dort Hausbesitz zu erwerben. So entstanden die schmalen Bauten mit einer Tiefe bis zu 90 Metern. Die langen Höfe und Gewölbe wurden zur Aufstapelung von Waren verwendet. Vgl. Planck, a. a. O., S. 77 f.
- ¹⁰ Meixner, a. a. O., S. 47.
- ¹¹ Das genaue Datum ist — entwicklungsbedingt — nicht bestimmbar.
- ¹² Neben der allgemeinen Transportunsicherheit war auch das beträchtliche Gewicht des Hartgeldes in Rechnung zu stellen. 10.000 Taler wogen zirka 300 kg.
- ¹³ Gustav Schmoller, *Die soziale Frage, Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf*, München-Leipzig 1918, S. 23.
- ¹⁴ Interview mit Herrn Achleitner vom 16. November 1971, Oberbank Linz.
- ¹⁵ Planck, a. a. O., S. 52 ff.
- ¹⁶ Derselbe, a. a. O., S. 56 ff.
- ¹⁷ Constant v. Wurzbach, *Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich* 22, Wien 1870, S. 392 ff., sowie K. Planck, a. a. O., S. 67.
- ¹⁸ Planck, a. a. O., S. 70.
- ¹⁹ OÖLA, *Archiv der Familie Planck*, Schubertbände Nr. 8—16.
- ²⁰ Planck, a. a. O., S. 70, und Alfred Hoffmann, *Wirtschaftsgeschichte des Landes Oberösterreich* 1, Salzburg 1952, S. 452.
- ²¹ Planck, a. a. O., S. 74, Hoffmann, ebenda, und Josef Zeitlinger, *Sensen, Sensenschmiede und ihre Technik*, JbOÖMV 91 (1944), S. 64 ff.
- ²² Planck, a. a. O., S. 74 f.
- ²³ Hoffmann, a. a. O., S. 142.
- ²⁴ Planck, a. a. O., S. 82 f.
- ²⁵ Derselbe, a. a. O., S. 90 ff.
- ²⁶ Franz Aschauer, *Oberösterreichs Eisenbahnen, Geschichte des Schienenverkehrs im ältesten Eisenbahnland Österreichs*, Wels 1964, S. 16, Hoffmann, a. a. O., S. 480.
- ²⁷ Carl Schraml, *Das oberösterreichische Salinenwesen vom Beginne des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts*, 3. Bd., Wien 1936, S. 20.
- ²⁸ Planck, a. a. O., S. 92.
- ²⁹ Derselbe, a. a. O., S. 106 f.; *Allg. Verwaltungsarchiv Wien*, Adelsakt Franz Planck.
- ³⁰ Nationalbankbrief vom 7. November 1852, OA. Hierin wurde Carl Leopold von Planck zur Aktienhinterlegung bezüglich der Teilnahme an einer Ausschusssitzung aufgefordert.

- ³¹ Planck, a. a. O., S. 92 f. — Vgl. auch die Prüfungsberichte des Museums Francisco-Carolinum in Linz für die Jahre 1839—1843, OÖLA, Archiv der Familie Planck, Schubband Nr. 16.
- ³² Adelsakt . . . , a. a. O.
- ³³ Planck, a. a. O., S. 87 f. und S. 95 f.
- ³⁴ Derselbe, a. a. O., S. 84 ff., sowie Anton Rolleder, Heimatkunde von Steyr, Steyr 1894, S. 254 ff.
- ³⁵ Georg Grüll, Familienarchiv Planck, Linz 1949, OÖLA, S. 34 ff. Soweit es sich nicht um Waldherrschaften handelte, besaßen die Herrschaften selbst meist nur wenig Grundbesitz.
- ³⁶ Adelsakt . . . , a. a. O.
- ³⁷ Siegfried Pröschl, Entwicklungsgeschichte und Bedeutung einer Kommerzbank als Beitrag zur Wirtschafts- und Finanzgeschichte des oberösterreichischen und salzburgischen Raumes (dargestellt am Beispiel der Oberbank), Linz 1972, S. 25, sowie Planck, a. a. O., S. 126.
- ³⁸ Derselbe, a. a. O., S. 96 ff.
- ³⁹ OÖLA, Hauptbuch der Bankfirma Planck von 1854—1860.
- ⁴⁰ 50 Jahre Allgemeine Sparkasse und Leihanstalt in Linz, 1849—1899, Linz 1899.
- ⁴¹ Planck, a. a. O., S. 107 f.
- ⁴² Ein Jahrhundert Creditanstalt-Bankverein, Wien 1957, S. 4 ff.
- ⁴³ Egon Scheffer, Das Bankwesen in Österreich, Wien 1924, S. 150 ff., derselbe, Der Siegeszug des Leihkapitals, Wien 1924, S. 44 ff.
- ⁴⁴ Alois Brusatti, Das Problem der Unternehmensfinanzierung in der Habsburger Monarchie 1815 — 1848, in: Öffentliche Finanzen und privates Kapital im späten Mittelalter und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1971, S. 129 ff. — Vgl. auch Fritz G. Steiner, Die Entwicklung des Mobilbankwesens in Österreich, Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte 8, Wien 1973, S. 1 ff.
- ⁴⁵ Herbert Matis, Österreichs Wirtschaft 1848 — 1913, Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I., Berlin 1972, S. 219; Eduard März, Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I., Wien 1968, S. 136 f.
- ⁴⁶ Heinrich Rauchberg, Österreichs Bank- und Creditinstitute in den Jahren 1872—1883. Ein Beitrag zur Statistik des österreichischen Bankwesens, in: Statistische Monatsschrift 2, Brünn 1885, S. 5. Vgl. auch Matis, a. a. O., S. 233.
- ⁴⁷ Vereinbarung vom 13. April 1869, OA; siehe auch: Pröschl, a. a. O., S. 34 ff.
- ⁴⁸ Derselbe, a. a. O., S. 39 f.
- ⁴⁹ Aktionärsverzeichnis zur Generalversammlung vom 22. Mai 1870, OA.
- ⁵⁰ Geschäftsberichte (GB) für die Jahre 1871 f.
- ⁵¹ Rundschreiben ohne Datum aus dem Jahre 1869, OA.
- ⁵² Bilanz des Geschäftsberichtes des Verwaltungsrathes der Bank für Oberösterreich und Salzburg für die erste sechsmonatliche Geschäftsperiode vom 1. Juli bis 31. Dezember 1869, Linz 1870.
- ⁵³ W. F. Nebinger, Die Bank für Oberösterreich und Salzburg, 1869—1909, Linz 1909, S. 3, und März, a. a. O., S. 146.
- ⁵⁴ GB für 1872 vom 4. Mai 1873.
- ⁵⁵ Planck, a. a. O., S. 116.
- ⁵⁶ Aschauer, a. a. O., S. 69.
- ⁵⁷ Planck, a. a. O., S. 115.
- ⁵⁸ Derselbe, a. a. O., S. 114 ff.
- ⁵⁹ Erstes Bilanzbuch der Oberbank für die Jahre 1869 ff., OA. Bei den vorliegenden Zahlen handelt es sich um einfache Zählergebnisse, deren Problematik darin liegt, daß z. B. Steyring, für das sich die Zahl 10 ergibt, trotzdem nur einen Kunden repräsentieren kann, wenn dieser in sämtlichen zehn Bilanzen jeweils einmal aufscheint.
- ⁶⁰ 1872 schüttete die Oberbank mit 21 Prozent eine Höchstdividende aus.
- ⁶¹ Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967, S. 25 ff.
- ⁶² Matis, a. a. O., S. 260 ff., und Planck, a. a. O., S. 110 f.

- ⁶³ Briefe der Verwaltungsräte Dierzer und Nebinger vom 17. und 19. Mai 1873 aus Wien, OA.
- ⁶⁴ Briefe ..., ebenda.
- ⁶⁵ Briefe ..., ebenda.
- ⁶⁶ Aufstellung über den Effektenstand vom 31. Oktober 1873, OA. Die Zusammenstellung versteht sich in Kurswerten zu letzterem Datum.
- ⁶⁷ Hierbei lag die Investitionssumme zwischen fl 5250 und fl 200. (Seehandlung, Ital.-Österr. Bank, Österr. Centralbank, Wiener Handelsbank, Austro-Fürth Credit-Bank, Transportmittel-Leihgesellschaft, Leipziger Diskont, Forstbank, Österr. Börsen- und Wechslerbank, Anglo-Ungar. Bank, Raten- und Rentenbank.)
- ⁶⁸ Neue Finanzielle Tribüne (Wien) vom 2. November 1873, S. 3 f.
- ⁶⁹ GB für 1873 vom 12. April 1874, S. 6.
- ⁷⁰ Aktionärsverzeichnis der Industrie- und Commercialbank für Oberösterreich und Salzburg zur ordentlichen Generalversammlung vom 23. April 1871, OA. — Siehe auch Tagespost (Linz) vom 15. April 1869, S. 3.
- ⁷¹ Beilage zu den Protokollen der Plenarsitzungen des Verwaltungsrates der Oberbank des Jahres 1872, OA.
- ⁷² Tagespost (Linz), Linzer Volksblatt und Neue Finanzielle Tribüne (Wien) für die Monate Juni bis August 1873.
- ⁷³ Bilanzen der GB für die Jahre 1872 ff.
- ⁷⁴ Protokoll zur ordentlichen Generalversammlung v. 12. April 1874, Beilage D, OA.
- ⁷⁵ GB für 1873 vom 12. April 1874, S. 7 f.
- ⁷⁶ Planck, a. a. O., S. 111. — Vgl. insbesondere GB und Protokolle der Plenarsitzungen des Verwaltungsrates für die Jahre 1873 f., OA. Am 11. Juli 1875 wurde noch eine Restschuld von fl 13.886.98 hinsichtlich zweier — namentlich nicht erwähnter Garanten — festgestellt.
- ⁷⁷ Protokoll... vom 12. April 1874, Beilage D, ebenda.
- ⁷⁸ Abschnitt II. 4. c. aa: Die Bilanzsituation.
- ⁷⁹ Beilage A zum Protokoll der Plenarsitzung des Verwaltungsrates vom 16. Mai 1873, OA.
- ⁸⁰ Gewinn- und Verlustrechnungen der GB für die Jahre 1872 ff.
- ⁸¹ Der Alpenbote (Steyr) vom 27. November 1873, S. 6.
- ⁸² Abschnitt II. 4. c. aa: Die Bilanzsituation.
- ⁸³ Nebinger, a. a. O., S. 6.
- ⁸⁴ Protokoll zur außerordentlichen Generalversammlung vom 23. November 1873, OA. — Vgl. auch Tagespost (Linz) vom 25. November 1873, S. 2, und Linzer Volksblatt vom 24. November 1873, S. 2.
- ⁸⁵ Dieses Komitee wurde anschließend per acclamationem gewählt und bestand aus den Linzern Dr. Alois Bahr, Ludwig Christ, Franz Gerbert von Hornau und Emanuel Pretzner von Winkelburg sowie Dr. Robert Clement aus Wien.
- ⁸⁶ Der tatsächliche Grund dieses Vorgehens lag wahrscheinlich in einer gewissen Kapitalknappheit. Dierzer war u. a. auch an der Industrie- und Commercialbank für Oberösterreich und Salzburg beteiligt, an deren Konkurs er beträchtliche Verluste erlitten haben dürfte.
- ⁸⁷ Linzer Volksblatt vom 25. November 1873, S. 2.
- ⁸⁸ GB für 1873 vom 12. April 1874, S. 10 f., und Linzer Volksblatt vom 14. April 1874, S. 2.
- ⁸⁹ GB für 1873 vom 12. April 1874, S. 10.
- ⁹⁰ Ebenda, S. 11.
- ⁹¹ Ebenda.
- ⁹² GB und Protokolle für die Plenarsitzungen des Verwaltungsrates für die Jahre 1872 ff., sowie: Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Aufstellung zur Bilanz per 31. Oktober 1873, OA.
- ⁹³ GB und Protokolle für die Plenarsitzungen des Verwaltungsrates für die Jahre 1872 ff., OA.
- ⁹⁴ Neue Finanzielle Tribüne (Wien) vom 25. Jänner 1874, S. 4.
- ⁹⁵ Auszug aus dem statistischen Berichte der o. ö. Handels- und Gewerbekammer zu Linz für das Jahr 1873, Linz 1874, S. 206 f.

- ⁹⁶ Matis, a. a. O., S. 277 f.
- ⁹⁷ Derselbe, a. a. O., S. 279, März, a. a. O., S. 145.
- ⁹⁸ GB für 1874 vom 11. Juli 1875, S. 8.
- ⁹⁹ Nebinger, a. a. O., S. 9.
- ¹⁰⁰ Statuten des Kreditvereines der Bank für Oberösterreich und Salzburg, Linz 1878, OA.
- ¹⁰¹ Statistischer Bericht der Handels- und Gewerbekammer zu Linz über die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Oberösterreichs in den Jahren 1870 bis 1875, Linz 1876, S. 69, sowie Statistischer Bericht über die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Oberösterreichs in den Jahren 1881 bis 1885, Linz 1887, S. 3 ff.
- ¹⁰² Die Klammerangaben bezeichnen a) die Firma, deren Chef (Gesellschafter) der Betreffende war, und b) das Jahr seines Ausscheidens aus dem Zensoren-Komitee. Es erscheint bemerkenswert, daß es sich hierbei um viele Unternehmensgründer handelte.
- ¹⁰³ Nebinger, a. a. O., S. 22.
- ¹⁰⁴ Die Wechselsumme und der benützbare Kredit verstehen sich in fl 1000. Die Wechselanzahl und deren Summe stellt die im Laufe eines Jahres diskontierten Wechsel — im Gegensatz zu den eingereichten Wechseln — dar. Das Verhältnis zwischen den beiden letzteren betrug in den Jahren 1882 bis 1884 zirka 2400:2250. Die teilweise Unvollständigkeit ist auf mangelnde Daten der GB zurückzuführen. Vgl.: GB für die Jahre 1879 ff.
- ¹⁰⁵ GB für 1877 vom 28. April 1878, S. 8.
- ¹⁰⁶ GB für 1879 vom 25. April 1880, S. 7.
- ¹⁰⁷ Statistik der Banken in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern für die Jahre 1886 und 1887, Österreichische Statistik, herausgegeben von der k. k. Statistischen Central-Commission, Wien 1889, Band XXI, 2. Heft, S. 10 ff.
- ¹⁰⁸ Pröschl, a. a. O., S. 86.
- ¹⁰⁹ Aktionärsverzeichnisse vom 14. April 1889 und 27. März 1898, OA.
- ¹¹⁰ GB für 1887 vom 25. März 1888, S. 5.
- ¹¹¹ Nebinger, a. a. O., S. 11.
- ¹¹² GB für 1889 vom 30. März 1890, S. 6 f.
- ¹¹³ Ebenda, S. 7. — Vgl. auch: 1891—1966 — 75 Jahre OÖ. Landes-Hypothekengesellschaft, Linz 1966, S. 14.
- ¹¹⁴ Bilanzen der GB für die Jahre 1878 ff.
- ¹¹⁵ Statistik der Banken... für die Jahre 1883 ff.
- ¹¹⁶ März, a. a. O., S. 255 f.
- ¹¹⁷ GB für 1885 vom 28. März 1886, S. 6.
- ¹¹⁸ GB für 1893 vom 1. April 1894, S. 7.
- ¹¹⁹ Eine Ausnahme ergab sich lediglich hinsichtlich der Person W. F. Nebingers. Zur Entlastung des Pensionsfonds wurde die Pension Direktor Nebingers aus Bankmitteln bestritten.
- ¹²⁰ GB für 1888 vom 14. April 1889, S. 5.
- ¹²¹ März, a. a. O., S. 268 ff.
- ¹²² GB für die Jahre 1890 ff.
- ¹²³ Statistik der Banken... für die Jahre 1896 und 1897, Wien 1898, Band LI, 3. Heft, S. II.
- ¹²⁴ Statistik der Sparcassen... für das Jahr 1882, Wien 1885, Band VIII, 1. Heft, S. I.
- ¹²⁵ Hieraus ist die Summe aus Kreditoren, Girosaldi, Kassascheinen und Spareinlagen zu verstehen.
- ¹²⁶ Statistik der Sparcassen... für das Jahr 1882, Wien 1885, Band VIII, L. Heft, S. XXV, sowie: Statistik der Sparcassen... für die Jahre 1883 ff. und die Bilanzen der GB für die Jahre 1869 ff.
- ¹²⁷ Statistik der Sparcassen... für das Jahr 1908, Wien 1911, Band XVI, 3. Heft, S. 77 f., sowie Statistik der Sparcassen... für das Jahr 1887, Wien 1890, Band XXII, 2. Heft, S. XX.
- ¹²⁸ Statistik der Sparcassen... für das Jahr 1885, Wien 1888, Band VIII, 1. Heft, S. XV, sowie: Statistik der Sparcassen... für die Jahre 1885 ff.

- ¹²⁹ Statistik der Banken...für die Jahre 1886 und 1887, Wien 1889, Band XXI, 2. Heft, S. 4 f.
- ¹³⁰ GB für die Jahre 1894 ff.
- ¹³¹ GB für 1893 vom 1. April 1894, S. 8 f.
- ¹³² Nebinger, a. a. O., S. 15 f.
- ¹³³ GB für 1895 vom 22. März 1896, S. 9.
- ¹³⁴ Nebinger, a. a. O., S. 15.
- ¹³⁵ GB für 1895 vom 22. März 1896, S. 9.
- ¹³⁶ Vertrag mit der Wiener Lombard- und Escomptebank vom 8. Mai 1898, OA, sowie: W. F. Nebinger, a. a. O., S. 15.
- ¹³⁷ GB für 1908 vom 9. Mai 1909, S. 4 f.
- ¹³⁸ Hugo Olbrich, 1910—1935 — Erinnerungen an die Tage der Gründung der Filiale Steyr der Bank für Oberösterreich und Salzburg im Jahre 1910 —, niedergeschrieben anlässlich des 25jährigen Jubiläums vom ersten Filialleiter, Wien 1935, OA.
- ¹³⁹ Der Alpenbote (Steyr) vom 20. November 1873, S. 5. Letztere war durch 37 Jahre die einzige Bank am Steyrer Platze und arbeitete dort bis zum Beginn der zwanziger Jahre. Nur der Kaufmann J. Kraker beschäftigte sich unter der Firma Gebrüder Kraker noch mit Geldwechsel und Losverkauf, etc. Die hingegen 1873 gegründete „Bank in Stadt Steyr“ überlebte das Gründungsjahr nicht. Letztere übernahm damals das seit einigen Jahren bestehende Bank- und Wechselgeschäft Eduard Mayers. Im ehemaligen Haus des letzteren befand sich später die Oberbank Steyr. Vgl. Olbrich, a. a. O., S. 2 ff.
- ¹⁴⁰ Olbrich, a. a. O., S. 4.
- ¹⁴¹ Nebinger, a. a. O., S. 18.
- ¹⁴² GB für 1906 vom 14. April 1907, S. 5 f.
- ¹⁴³ Nebinger, a. a. O., S. 18.
- ¹⁴⁴ GB für 1908 vom 9. Mai 1909, S. 4.
- ¹⁴⁵ Interviews mit Herrn Prokurist Hellmaier vom 15., 16., 19. und 20. November 1971, Oberbank Linz.
- ¹⁴⁶ Brief aus der Salzburger Zweigstelle vom 24. März 1909, OA.
- ¹⁴⁷ Normale über die Dienst- und sonstigen Bezüge hinsichtlich der Urlaube und einzelner Dienstesobliegenheiten der Angestellten der Bank für Oberösterreich und Salzburg, gültig ab 1. April 1914 bis auf weiteres, Linz (1914), S. 3.
- ¹⁴⁸ Das Vermögen des Pensionsfonds war fast ausschließlich in Eisenbahn- und Bankobligationen angelegt. GB für die Jahre 1900 ff. sowie die Geschäftsbücher des Pensionsinstitutes der Oberbank, OA.
- ¹⁴⁹ Normale ..., a. a. O., S. 5.
- ¹⁵⁰ Nebinger, a. a. O., S. 13.
- ¹⁵¹ Pröschl, a. a. O., S. 117, sowie insbesondere: Die kollektiven Arbeitsverträge in den Jahren 1917 und 1918, in: Beiträge zur Statistik der Republik Österreich, 9. Heft, Wien 1921, S. 3 ff.
- ¹⁵² Österreichisches Statistisches Handbuch 35, Wien 1918, herausgeg. von der k. k. Statistischen Zentralkommission, S. 236 ff.
- ¹⁵³ Bilanzen der GB für die Jahre 1872 ff.
- ¹⁵⁴ GB für 1900 vom 31. März 1901, S. 5.
- ¹⁵⁵ GB für die Jahre 1901 f.
- ¹⁵⁶ GB für 1906 vom 14. April 1907, S. 4.
- ¹⁵⁷ Nebinger, a. a. O., S. 16.
- ¹⁵⁸ Friedrich Hertz, Die Schwierigkeiten der industriellen Produktion in Österreich, Wien-Leipzig 1910, S. 66 f.
- ¹⁵⁹ Aschauer, a. a. O., S. 98 ff.
- ¹⁶⁰ Nebinger, a. a. O., S. 16 f.
- ¹⁶¹ GB für 1905 vom 25. März 1906, S. 5.
- ¹⁶² Heinrich Benedikt, Die wirtschaftliche Entwicklung in der Franz-Joseph-Zeit, Wien-München 1958, S. 157 ff.
- ¹⁶³ GB für 1908 vom 9. Mai 1909, S. 6.
- ¹⁶⁴ GB für 1910 vom 9. April 1911, S. 4.

- ¹⁶⁵ GB für die Jahre 1869 ff.
- ¹⁶⁶ Artikel XII, Absatz 2, des Zoll- und Handelsbündnisses zwischen den beiden Reichshälften, Reichsgesetzblatt Nr. 48 vom 21. Mai 1887.
- ¹⁶⁷ Otto von Bauer, Ein Wort zur Einführung der Goldwährung in Österreich-Ungarn, Wien 1891, S. 3 ff., und Denkschrift über das Papiergeldwesen der österreichisch-ungarischen Monarchie, verfaßt im K. K. Finanzministerium, Wien 1892, S. 45. — Statistische Tabellen zur Währungsfrage der österreichisch-ungarischen Monarchie, verfaßt im K. K. Finanzministerium, Wien 1892, S. 156, Tabelle 104.
- ¹⁶⁸ Österreichische Nationalbank, 1816—1966 — Geschichte des Österreichischen Noteninstitutes, Wien 1966, S. 218, Julius Landesberger, Währungssystem und Relation, Beiträge zur Währungsreform in Österreich-Ungarn, Wien 1891, S. 151 ff.
- ¹⁶⁹ Reichsgesetzblatt Nr. 126—130 vom 2. August 1892.
- ¹⁷⁰ Othmar Bachmayr, Die Geschichte der österreichischen Währungspolitik, Wien 1960, S. 50.
- ¹⁷¹ Friedrich Hertz, Die Produktionsgrundlagen der österreichischen Industrie vor und nach dem Kriege, Wien-Berlin, ohne Jahr, S. 138.
- ¹⁷² Karl Theodor von Eheberg, Die Kriegsfinanzen, Kriegsschulden, Kriegssteuern, Kriegskosten, Leipzig 1916, S. 25 f.
- ¹⁷³ Gustav Gratz — Richard Schüller, Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns, Wien 1930, S. 189.
- ¹⁷⁴ Karl Gendelin-Gendelmann, Die Kreditlage in Österreich mit besonderer Berücksichtigung der Kreditbeziehungen der Banken zur Industrie, Heidelberg 1929, S. 34.
- ¹⁷⁵ Statistik der Banken ... für die Jahre 1912 und 1913, Neue Folge der Österreichischen Statistik, herausgegeben von der k. k. Statistischen Zentralkommission, Wien 1916, Band XV, 2. Heft, S. 20 ff., sowie: Statistik der Banken ... für die Jahre 1914 und 1915, Wien 1918, Band XVIII, 2. Heft, S. 6 f.
- ¹⁷⁶ Gratz — Schüller, a. a. O., S. 194.
- ¹⁷⁷ GB für 1914 vom 14. April 1915, S. 5.
- ¹⁷⁸ Ebenda, S. 4.
- ¹⁷⁹ Ebenda, S. 5.
- ¹⁸⁰ Pröschl, a. a. O., S. 143 f.
- ¹⁸¹ GB für 1916 vom 5. April 1917, S. 5.
- ¹⁸² Eheberg, a. a. O., S. 25 ff.
- ¹⁸³ GB für 1914 vom 14. April 1915, S. 6 f.
- ¹⁸⁴ Hans Krasensky, Kurzgefaßte Bankgeschichte, Stuttgart 1968, S. 70.
- ¹⁸⁵ GB für die Jahre 1914 ff.
- ¹⁸⁶ Ebenda.
- ¹⁸⁷ Eheberg, a. a. O., S. 28. Laut einer Ermächtigung des Staatsamtes für Finanzen wurde der Eigenbesitz an Kriegsanleihen per Jahresende 1918 nur mehr mit 75.— bilanziert.
- ¹⁸⁸ Bilanzen der GB für die Jahre 1914 ff.
- ¹⁸⁹ Bilanz des GB für 1918 vom 25. April 1919.
- ¹⁹⁰ Bilanzen der GB für die Jahre 1914 ff.
- ¹⁹¹ Vortrag des Vorstandsobmannes Direktor Franz Edlinger bei der Vollversammlung der OÖ. Genossenschafts-Zentralkasse am 22. Mai 1917, OA.
- ¹⁹² Vortrag ..., ebenda.
- ¹⁹³ Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1926, herausgegeben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, Wien 1927, S. 36. Dieser Index basiert auf den Preisen der Bundeshauptstadt Wien und umfaßt Ernährung, Bekleidung, Beleuchtung, Heizung, Wohnung, Genußmittel und sonstige Positionen. — Vgl. auch Bilanzen der GB für die Jahre 1914 ff.
- ¹⁹⁴ Gratz — Schüller, a. a. O., S. 200.
- ¹⁹⁵ Dieselben, a. a. O., S. 200 ff.
- ¹⁹⁶ GB für 1919 vom 22. Juni 1920, S. 5.
- ¹⁹⁷ Gustav Otruba, Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1968, S. 14.

- ¹⁹⁸ W. T. Layton — C. H. und Charles Rist, Die Wirtschaftslage Österreichs. Bericht der vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten, Wien 1925, S. 87.
- ¹⁹⁹ GB für 1920 vom 12. Juli 1921, S. 5.
- ²⁰⁰ GB für 1920 vom 12. Juli 1921, S. 5 f.
- ²⁰¹ GB für 1921 vom 10. Juni 1922, S. 4.
- ²⁰² Otruba, a. a. O., S. 16, und Rudolf Karl, Die österreichische Völkerbundanleihe, Wien 1929. Vgl. auch: Otto Deutsch, Die wirtschaftlichen Ergebnisse des ersten Sanierungsjahres in Österreich, Wien 1923, S. 29. f., sowie John Maynard Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München-Leipzig 1920, S. 232.
- ²⁰³ Gustav Stolper, Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem, München 1921, S. 11 f., sowie: Layton — C. H. und C. Rist, a. a. O., S. 87 f., und J. M. Keynes, a. a. O., S. 43 ff. und 94 f.
- ²⁰⁴ GB für 1923 vom 27. Juni 1924, S. 6.
- ²⁰⁵ Abschnitt V. 1. d., sowie GB für die Jahre 1918 ff.
- ²⁰⁶ Bilanzen der GB für die Jahre 1921 ff.
- ²⁰⁷ GB für 1923 vom 27. Juni 1924, S. 7.
- ²⁰⁸ GB für 1923 vom 27. Juni 1924, S. 7.
- ²⁰⁹ GB für 1924 vom 30. Juni 1925, S. 5.
- ²¹⁰ Ebenda.
- ²¹¹ Lebenshaltungskostenindex nach: Wirtschaftsstatistisches Jahrbuch 1926, herausgegeben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, Wien 1927, S. 36, insbesondere Bilanzen der GB für die Jahre 1914 ff.
- ²¹² Ebenda.
- ²¹³ GB für 1920 vom 12. Juli 1921, S. 7.
- ²¹⁴ GB für 1924 vom 30. Juni 1925, S. 6.
- ²¹⁵ Oberbank, Bank für Oberösterreich und Salzburg, 1869—1969, Hundert Jahre im Dienste der Wirtschaft, Linz 1969, S. 29.
- ²¹⁶ GB für 1923 vom 27. Juni 1924, S. 6.
- ²¹⁷ GB für 1920 vom 12. Juli 1921, S. 7.
- ²¹⁸ GB für 1921 vom 10. Juni 1922, S. 6.
- ²¹⁹ GB für 1922 vom 1. Juni 1923, S. 6.
- ²²⁰ Ebenda, S. 7.
- ²²¹ Ebenda.
- ²²² GB für 1923 vom 27. Juni 1924, S. 6.
- ²²³ Ebenda, S. 6.
- ²²⁴ Ebenda, S. 7.
- ²²⁵ Bilanzen der GB für die Jahre 1918 ff.
- ²²⁶ W. T. Layton — C. H. und C. Rist, a. a. O., S. 88.
- ²²⁷ GB für 1920 vom 12. Juli 1921, S. 6.
- ²²⁸ Ebenda, S. 9 f.
- ²²⁹ GB für 1922 vom 1. Juni 1923, S. 5.
- ²³⁰ GB für die Jahre 1921 ff.
- ²³¹ Bachmayer, a. a. O., S. 62.
- ²³² W. T. Layton — C. H. und C. Rist, a. a. O., S. 96, und Günter Noell, Die Ergebnisse der Goldbilanzierung bei den Aktiengesellschaften in Österreich, Liebau 1927, S. 6 ff., sowie Eugen Schigut, Goldbilanz, Wien 1924, S. 3 ff.
- ²³³ GB für 1925 vom 28. Juni 1926, S. 9.
- ²³⁴ Bericht des Finanzausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend die Übernahme der Garantie hinsichtlich der Bank für Oberösterreich und Salzburg, Beilage Nr. 98/1926 zum stenographischen Protokolle des oberösterreichischen Landtages, XIII. Wahlperiode, 1925—1931, S. 1, Spalte 2.
- ²³⁵ Bericht des Vorstandes der Bank für Oberösterreich und Salzburg über die Erstellung der Golderöffnungsbilanz für den 1. Jänner 1925 und über den Vorgang bei der Umstellung nach dem Goldbilanzgesetz, in: GB für 1925 vom 28. Juni 1926. Die Angaben über das Datum dieser Generalversammlung differieren um einen Tag. Sie wurde entweder um einen Tag verschoben oder — wahrscheinlicher — auf Grund der schwierigen Verhältnisse um einen Tag verlängert.
- ²³⁶ GB für 1925 vom 28. Juni 1926, S. 11.

- ²³⁷ Ebenda, S. 11 f.
²³⁸ Bericht des Finanzausschusses . . ., S. 1, Spalte 1.
²³⁹ Situationsbericht der Direktion vom 26. September 1925, OA.
²⁴⁰ Ebenda.
²⁴¹ Ebenda.
²⁴² Bericht des Finanzausschusses . . ., S. 1, Spalte 2.
²⁴³ Ebenda.
²⁴⁴ Abschrift der Ausführungen Oberst Lindners zur außerordentlichen Generalversammlung vom 29. Juni 1926, OA.
²⁴⁵ Ebenda.
²⁴⁶ Ebenda.
²⁴⁷ Ebenda.
²⁴⁸ Aufstellung über Gesellschaften, in deren Verwaltungsräten sich Vertreter der Oberbank befinden (1926), OA.
²⁴⁹ Bericht des Finanzausschusses . . ., S. 1, Spalte 1.
²⁵⁰ Brief der Unionbank vom 8. Oktober 1926, OA.
²⁵¹ Brief an die Unionbank vom 26. Oktober 1926, OA.
²⁵² Bericht des Finanzausschusses . . ., S. 1, Spalte 1.
²⁵³ Ebenda, S. 1, Spalte 2.
²⁵⁴ Brief an die Unionbank vom 12. Oktober 1926, OA.
²⁵⁵ Ebenda.
²⁵⁶ Bericht des Finanzausschusses . . ., S. 1 f., Spalte 2 f.
²⁵⁷ Übereinkommen vom 28. September 1926 zwischen der Bank für Oberösterreich und Salzburg, der öö. Landesregierung und der Allgemeinen Österreichischen Bodencreditanstalt, OA.
²⁵⁸ Ebenda.
²⁵⁹ Subhaftungserklärungen anlässlich der Übernahme der Garantie des Landes Oberösterreich vom 28. September 1926, OA.
²⁶⁰ Übereinkommen . . ., ebenda.
²⁶¹ Ebenda.
²⁶² Ebenda.
²⁶³ Ebenda.
²⁶⁴ Ebenda.
²⁶⁵ Ebenda.
²⁶⁶ Brief der Unionbank vom 8. Oktober 1926, OA.
²⁶⁷ Ebenda.
²⁶⁸ Brief an die Unionbank vom 12. Oktober 1926, OA.
²⁶⁹ Brief der Unionbank vom 8. Oktober 1926, OA.
²⁷⁰ Ebenda.
²⁷¹ Brief an die Unionbank vom 26. Oktober 1926, OA.
²⁷² Brief der Unionbank vom 8. Oktober 1926, OA.
²⁷³ Brief der Unionbank vom 22. Oktober 1926, OA.
²⁷⁴ Protokoll der Plenarsitzung des Verwaltungsrates vom 18. Dezember 1925, OA.
²⁷⁵ Hier wäre z. B. anzuführen: A. Isaac, Über das Selbstkostenproblem im Bankbetriebe, Leipzig 1921.
²⁷⁶ W. Strauß, Die Konzentrationsbewegung im deutschen Bankgewerbe, Berlin-Leipzig 1928, S. 38.
²⁷⁷ Joachim Süchting, Kalkulation und Preisbildung der Kreditinstitute, Frankfurt/Main 1963, S. 22.
²⁷⁸ Protokoll . . . vom 18. Dezember 1925, OA.
²⁷⁹ Ebenda.
²⁸⁰ Ebenda.
²⁸¹ Ebenda.
²⁸² Aufstellung über den Werdegang von Direktor Josef Splechtna (1933), OA.
²⁸³ Protokoll . . . vom 18. Dezember 1925, ebenda.
²⁸⁴ GB für die Jahre 1926 ff.
²⁸⁵ Protokoll . . . vom 18. Dezember 1925, ebenda.
²⁸⁶ GB für die Jahre 1925 ff.

- ²⁸⁷ GB für 1927 vom 30. April 1928, S. 7.
- ²⁸⁸ Personalaufstellung zum 1. Juni 1928, OA.
- ²⁸⁹ Protokoll . . . vom 18. Dezember 1925, ebenda.
- ²⁹⁰ Protokoll der am 17. November 1925 abgehaltenen Besprechung zwischen der Direktion und dem Betriebsratsplenium, OA.
- ²⁹¹ Ebenda.
- ²⁹² GB für 1925 vom 28. Juni 1926, S. 22.
- ²⁹³ Protokoll der am 26. September 1926 abgehaltenen Sitzung von Vertretern des Verwaltungsrates, der Direktion und des Betriebsrates, OA.
- ²⁹⁴ Protokoll der am 5. Oktober 1926 . . . , ebenda.
- ²⁹⁵ Protokoll der Betriebsvollversammlung vom 15. März 1927, OA.
- ²⁹⁶ Ebenda.
- ²⁹⁷ Ebenda.
- ²⁹⁸ Stellungnahme des Betriebsrates vom 20. September 1927, OA.
- ²⁹⁹ Der Begriff „vertikal“ stammte von Dr. Stepski, der zuerst bezüglich der Breite des Geschäftsumfanges expandieren wollte, um dann den Aufbau der Zentrale straff durchzuorganisieren.
- ³⁰⁰ Stellungnahme . . . , ebenda.
- ³⁰¹ Konzept Dr. Stepskis zur Beantwortung der Stellungnahme des Betriebsrates vom 20. September 1927, OA.
- ³⁰² Österreichisches Biographisches Lexikon 1815—1950, 2. Bd., Graz-Köln 1959, S. 218 f.
- ³⁰³ Ausarbeitung für die Linzer Handelskammer vom 10. Mai 1929 über das Jahr 1928, OA.
- ³⁰⁴ Pröschl, a. a. O., S. 198 f. und S. 201.
- ³⁰⁵ GB für 1926 vom 27. Juni 1927, S. 6.
- ³⁰⁶ GB für 1927 vom 30. April 1928, S. 5 ff.
- ³⁰⁷ GB für 1928 vom 26. April 1929, S. 7.
- ³⁰⁸ GB für 1928 vom 26. April 1929, S. 6.
- ³⁰⁹ Ausarbeitung . . . vom 10. Mai 1929, ebenda.
- ³¹⁰ Ebenda.
- ³¹¹ GB für 1928 vom 26. April 1929, S. 7.
- ³¹² Karl Ausch, Als die Banken fielen — Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien-Frankfurt-Zürich 1968, S. 335.
- ³¹³ Derselbe, a. a. O., S. 337 f.
- ³¹⁴ Ausch, a. a. O., S. 338.
- ³¹⁵ Derselbe, a. a. O., S. 338 f., sowie Otruba, a. a. O., S. 20.
- ³¹⁶ GB für 1931 vom 8. Juni 1932, S. 5.
- ³¹⁷ Kurt W. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern — heute — morgen, herausgegeben von Wilhelm Weber, Berlin 1961, S. 97 f.
- ³¹⁸ Wilhelm Weber, Wirtschaftsfragen der Ersten und Zweiten Republik, in: Wirtschaftsgeschichte Österreichs, Wien 1971, S. 204.
- ³¹⁹ Otruba, a. a. O., S. 22.
- ³²⁰ Derselbe, ebenda.
- ³²¹ Weber, a. a. O., S. 208.
- ³²² Ein Jahrhundert Creditanstalt-Bankverein, Wien 1957, S. 191 ff.
- ³²³ Ebenda.
- ³²⁴ Brief an die Creditanstalt für Handel und Gewerbe vom 24. Oktober 1929, OA.
- ³²⁵ Ebenda.
- ³²⁶ Brief an die Creditanstalt für Handel und Gewerbe vom 29. Oktober 1929, OA.
- ³²⁷ Ebenda.
- ³²⁸ GB für die Jahre 1929 ff.
- ³²⁹ Ebenda.
- ³³⁰ GB für die Jahre 1925 ff.
- ³³¹ Ebenda.
- ³³² GB für die Jahre 1929 ff.
- ³³³ Revisionsbericht der Creditanstalt für das Jahr 1932, OA.

- ³³⁴ Aufstellung über die Verteilung der Debitoren und Kreditoren per 31. Dezember 1934, OA.
- ³³⁵ Bilanzen der GB für die Jahre 1928 ff.
- ³³⁶ Brief an die Finanzlandesdirektion Linz vom 27. August 1929, OA.
- ³³⁷ Pröschl, a. a. O., S. 213.
- ³³⁸ Revisionsbericht . . . 1932, sowie: Die Führung der Oberbank in den Jahren 1925 (Goldbilanz) — 1933, OA.
- ³³⁹ Die Führung . . ., ebenda.
- ³⁴⁰ Revisionsbericht . . . 1932, ebenda.
- ³⁴¹ GB für 1933 vom 22. Dezember 1934, S. 6. — Vgl. auch den Revisionsbericht . . . 1932, OA.
- ³⁴² Revisionsbericht . . . 1932, ebenda.
- ³⁴³ Ebenda.
- ³⁴⁴ Ebenda.
- ³⁴⁵ GB für 1932 vom 29. Juni 1933, S. 6 f.
- ³⁴⁶ Brief von Landeshauptmann Dr. Josef Schlegel an die Creditanstalt vom 16. August 1933, OA.
- ³⁴⁷ Aktionärsverzeichnis vom 1. Dezember 1937, ebenda.
- ³⁴⁸ Ein Jahrhundert Creditanstalt-Bankverein, Wien 1957, S. 230.
- ³⁴⁹ Revisionsbericht des Industriinspektorates der Creditanstalt-Wiener Bankverein für das Jahr 1934, OA. Die Fusion dieser beiden Anstalten wurde am 25. Mai 1934 — rückwirkend per 1. Jänner 1934 — durchgeführt.
- ³⁵⁰ Ebenda.
- ³⁵¹ Aufstellung über die Zeichnungsergebnisse der 4 % Trefferanleihe 1933, OA; ebenso Pröschl, a. a. O., S. 217.
- ³⁵² Notiz vom 2. April 1938 bezüglich Aktienverkäufe vom 9. Dezember 1933, OA.
- ³⁵³ Abschnitt 3. d. dd.
- ³⁵⁴ Pröschl, a. a. O., S. 219.
- ³⁵⁵ Revisionsbericht . . . 1935, OA.
- ³⁵⁶ Revisionsbericht . . . 1936, ebenda.
- ³⁵⁷ Pröschl, a. a. O., S. 220.
- ³⁵⁸ GB für 1936 vom 23. November 1937, S. 5.
- ³⁵⁹ Rundschreiben Direktor Glaningers vom 19. Mai 1938, OA.
- ³⁶⁰ Aufstellung über den Gehaltsabzug vom 26. Februar 1932, ebenda.
- ³⁶¹ Bankentlastungsverordnung und Bankpensionsverordnung mit Erläuterungen von Dr. Hermann Leitich, Wien 1933, S. 5.
- ³⁶² Ebenda, S. 6 f.
- ³⁶³ Revisionsbericht . . . 1934, OA.
- ³⁶⁴ Bankentlastungsverordnung . . ., S. 33.
- ³⁶⁵ Urteil des Gewerbegerichtes Linz, Cr 126/37/5, OA.
- ³⁶⁶ K. Gendelin-Gendelmann, a. a. O., S. 113.
- ³⁶⁷ Dienstpragmatik für die Beamten und Beamtinnen in den österreichischen Kreditinstituten vom 1. Jänner 1921. — Tagblatt mit Arbeiterzeitung (Linz) vom 9. Februar 1933, S. 1.
- ³⁶⁸ Tagblatt mit Arbeiterzeitung (Linz) vom 1. April 1933, S. 2.
- ³⁶⁹ Direktionsrundschreiben Nr. 16 vom 17. Oktober 1933, OA.
- ³⁷⁰ Endgültige Entscheidung des Einigungsamtes Linz, Reg. I 138/33-4 vom 27. November 1933, OA.
- ³⁷¹ Gehaltsvergleich: Dr. Max Pillwein, OA.
- ³⁷² Gegenüberstellung mit der Steiermärkischen Escomptebank vom 3. Mai 1932, OA.
- ³⁷³ Personalaufstellung für das Jahr 1932, OA.
- ³⁷⁴ Debitoren- und Einlagenaufstellung nach Filialen per 31. Juli 1933, OA.
- ³⁷⁵ GB für die Jahre 1928 ff.
- ³⁷⁶ Aufstellungen über die Filialgewinne für die Jahre 1929 ff. — Vgl. auch Revisionsberichte . . . für die Jahre 1929 ff., OA.
- ³⁷⁷ Enthält in den Jahren 1935 und 1936 auch das Ergebnis der Filiale Gmunden.
- ³⁷⁸ Vergleich der Zweiganstalt Salzburg mit der Filiale Wels, OA.

- ³⁷⁹ Saisonschlußbericht der Filiale Badgastein vom 26. November 1935, OA.
- ³⁸⁰ Aufstellung über die Besitzverhältnisse an der Gasteiner Hotel- und Kuranstalten-GesmbH vom 22. Dezember 1936, OA.
- ³⁸¹ Revisionsbericht . . . 1936, OA.
- ³⁸² Brief der Filiale Bad Ischl vom 5. Mai 1926, OA.
- ³⁸³ Haftungsurkunde vom 7. Jänner 1928 bezüglich der Salzabnahme aus den Salinen Ebensee, Bad Aussee und Hallein, OA.
- ³⁸⁴ Puntuationen über die Fusion zwischen Stern & Hafferl und der OÖ. Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG, OA.
- ³⁸⁵ Das Wirtschaftsjahr 1929 in Oberösterreich, herausgegeben von der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Linz, Linz 1930, S. 181.